

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Mittwoch, den 9. August 1905.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Die Hanfa gegen das Wahlrecht!

Die hanfepublikanischen Vorkämpfer der politischen Entrechtung der breiten Massen haben nunmehr in Lübeck ihren ersten abschließenden Erfolg erreicht. Während in Hamburg der Wahlrechts- umsturz noch nicht vollendet ist, hat in Lübeck die Bürgerschaft am Montag jene Vorlage angenommen, die mit geradezu grotesker Offenheit ein für allemal die politische Entwaffnung des Proletariats vornimmt.

Das lübische Wahlrecht war neuerdings zwar an einen Zensus von 1200 M. geknüpft, sonst aber ein gleiches Wahlrecht. Zwar hatte bisher die Sozialdemokratie in Lübeck noch keine Abgeordneten auf Grund dieses Wahlrechtes durchgebracht, aber bei den letzten Wahlen stellte es sich doch heraus, daß in einzelnen Bezirken unsere Genossen den Bürgerlichen hart auf den Leib rückten. Man fürchtete für die Zukunft, und so wurde dann die gesetzgeberische Weisheit solange angefragt, bis die Kommission der Bürgerschaft das monströseste Ergebnis der Wahl- entrechtung zustande brachte — eine brutale Demonstration der von den Besitzenden monopolisierten Herrschaft, die aber auch zugleich auf die allereinfachste Weise das Problem löst: für alle Ereignisse der Zukunft stellt sie die besten Elemente des Proletariats wählen zu lassen, ihnen aber niemals irgend welchen entscheidenden Einfluß zu ermöglichen. Das System des kontingentierte Wahlrechts, d. h. die gesetzliche Zurechnung einer kleinen unbedeutenden Höchstzahl von Vertretern an die breiten Massen ist hier in Lübeck zum erstenmal in aller Klarheit und Schärfe zur Durchführung gelangt.

Nach den Kommissionsbeschlüssen wurde zunächst das Wahlrechts- alter von 21 auf 25 Jahre erhöht. Es wurden zwei Wählerklassen eingerichtet. Die Wähler der untersten Klasse, die weniger als 2500 M. aber mehr als 1200 M. verdienen, sollten proportional 90 Vertreter wählen können. In der privilegierten Klasse sollten die Bürger mit einem Einkommen von mehr als 2500 M. nach relativer Mehrheitswahl 90 Vertreter wählen dürfen. Die Wähler der Hochklasse sollten aber auch in der Proletenklasse noch einmal proportional wahlberechtigt sein.

Diese Kommissionsbeschlüsse vereinigten also so ziemlich alle Methoden eines auf den Besitz zugeschnittenen Scheinwahlrechtes: Klassenteilung, Zensus, Doppelwahl.

Nach Telegrammen, die über die gestrige Sitzung der Bürgerschaft in Lübeck vorliegen, hat man diese Kommissionsbeschlüsse nicht vollständig angenommen. Man hat zwar die Heraushebung des Wahlalters vom 21. auf 25. Lebensjahr gebilligt, aber den Zensus von 1200 Mark für die untere Klasse abgelehnt. Sonach dürfen in der Klasse der Besitzlosen alle Bürger wählen, die weniger als 2000 Mark an Einkommen haben, und zwar 15 Abgeordnete, dagegen können die Wähler des Besitzes mit mehr als 2000 Mark Einkommen 105 Abgeordnete ernennen. Ueber die Einzelheiten der Verhandlung liegt uns noch kein Bericht vor.

Das kontingentierte Wahlrecht, das hiermit in Lübeck zur Einführung gelangt, schafft nicht nur Wähler verschiedener Klassen, sondern Gesetzgeber verschiedenen Ranges. Es ist die Absicht und die Wirkung dieser Reform, daß die Vertreter der Besitzlosen niemals mehr als 15 Sitze einnehmen können, während die Vertrauenspersonen der Besitzenden mit 105 die ungeheure Mehrheit haben. Es bleibt danach ausgeschlossen und soll ausgeschlossen sein, daß diese 15 Abgeordneten jemals einen entscheidenden Einfluß auf die Gesetzgebung erhalten. Nach der lübischen Verfassung gehört auch zur hohen Eindringung von Anträgen die Unterstützung durch mindestens zehn Mitglieder. Sollte man für die Wahlen der unteren Klasse auch das Proportionalsystem, wie es die Kommission vorschlug, beibehalten haben, so kann man vermuten, daß ein Teil der fünfzehn zugewiesenen Abgeordneten aus der allgemeinen Klasse noch mittelständlichen Charakters sein werden, so daß die Arbeiterschaft auch im günstigsten Fall es nicht auf zehn Mitglieder bringen wird. Ist dies der Fall, so tritt der Charakter der Klassenscheidung innerhalb der Gesetzgeber selbst noch umso schärfer hervor; sie können nicht einmal Anträge stellen.

Mit anderen Worten: es gibt künftig in der lübischen Bürgerschaft eine große Mehrheit der Abgeordneten, die eigentliche Gesetzgeber sind, und eine verschwindende Minderheit, die materiell niemals Gesetzgeber werden kann, sondern nur beratende Stimme hat. Damit wird aber dem Geiste nach, wenn auch der Buchstabe sich pressen lassen mag, der Grundgedanke der lübischen Verfassung, und zwar jeder Verfassung, aufgehoben, daß die gesetzgebende Körperschaft aus gleichberechtigten Abgeordneten bestehen muß. Diese Klassenscheidung hat notwendig den Erfolg und sie ist ja auch nur deshalb erfolgt, daß eben die Kategorie von Abgeordneten, welche die breite Masse vertreten, für alle Zeit von der tatsächlichen Gesetzgebung ausgeschlossen und nur als beratende Minderheit gebildet werden. Das Reichsgericht hat vor einigen Jahren die lübische Streiterordnung als reichsgesetz- widrig aufgehoben. Es wäre wünschenswert, daß auch dieses lübische Bürgerrechtsgesetz hinsichtlich seiner Verfassungsmäßigkeit gerichtlich nachgeprüft würde. Darüber kann kein Zweifel sein, daß materiell es mit den Grundsätzen, nicht nur der lübischen, sondern jeder Verfassung nicht zu vereinbaren ist, daß man durch Gesetz von vornherein und mit voller klarer Absicht einen von bestimmten Kategorien der Wähler gewählten Abgeordneten — durch Beschränkung auf eine kleine, unbedeutende Zahl — zur Einflußlosigkeit verurteilt. Wie haben in den verschiedensten Einzelstaaten die Scheidung der Wähler in Klassen, die Scheidung der Abgeordneten aus in zweierlei Arten, von denen die einen niemals wirkliche Gesetzgeber werden können, ist schließlich unvereinbar mit den elementarsten Grundsätzen jeden Verfassungsstaates.

Freilich widerspricht jede Klasseneinteilung der Wähler im Erfolge, streng genommen, dem Gleichheitsprinzip der Abgeordneten in der gesetzgebenden Körperschaft selbst, aber die Aufhebung dieses Grundsatzes tritt nirgends so schroff und klar zutage, wie bei diesem lübischen Musterwahlrecht.

Und noch in einer anderen Hinsicht führt das lübische Wahlrecht zu Konsequenzen, in denen sich die grundsätzlichen Fiktionen der bürgerlichen Gesellschaft überhaupt aufheben. Die bürgerliche Gesellschaft beruht auf der ideologischen Voraussetzung, daß jeder Mensch die Möglichkeit haben soll, ohne Privileg jede denkbare Stufe des Wohlstandes durch „Fleiß und Talent“ zu erreichen. Die bürgerliche Gesellschaft in einem Verfassungsstaate erkennt ferner als ersten Grundsatz an, daß es das vornehmste Recht, aber auch die heiligste Pflicht ist aller Staatsbürger, an der politischen Gestaltung des Staatswesens teilzunehmen. Will es die bürgerlich-kapitalistische Theorie nun — als Garantie und Kaution für rechten Gebrauch —, daß nur diejenigen politischen Einfluß haben sollen, die es durch „Fleiß und Talent“ dazu gebracht haben, ein höheres Einkommen zu verdienen, so folgt daraus mit unentrinnbarer Logik, daß gerade nach den Lieblingsdogmen der kapitalistischen Gesellschaft, jeder Bürger, nicht nur aus „groben“ materiellen Rücksichten, sondern zu allererst aus dem idealen Streben, an dem politischen Geschehen des Vaterlandes aktiv teilnehmen zu können, danach trachten muß, durch Vermehrung des Einkommens alle die bürgerlichen Vollrechte zu erreichen, die nur den Begüterten zustehen. Wenn mithin das Proletariat in Lübeck künftig mit gesteigerter Energie danach streben wird, ein Einkommen zu erreichen, das ihm den vollen Besitz der bürgerlichen Rechte gewährt, so klage man sie ja nicht der „unerfülllichen materiellen Begehrlichkeit“ an, sondern beglückwünsche vielmehr sich und sie dazu, daß sie so getreu nur den kapitalistisch- bürgerlichen Lehren folgen, die auf der einen Seite das staatsbürgerliche Recht als die höchste Pflicht des Bürgers verkünden und auf der anderen Seite die Würdigkeit der Ausübung dieses Rechtes von einem gewissen Einkommen abhängig machen wollen. Jede Wahlentziehung nach Grundätzen des Besitzes ist ein Ansporn mehr für das Proletariat, durch „Fleiß und Talent“ zu einem höheren Einkommen zu gelangen. Gewährt aber die bürgerliche Gesellschaft und die bürgerliche Ordnung diese Möglichkeit nicht, nun, so ist das ein Grund mehr und dazu das idealste Motiv: diese ganze bürgerliche Ordnung sobald wie möglich aus den Angeln zu heben. So ist die Konsequenz der bürgerlichen Wahlentziehung der Klasse nach den eigenen Grundätzen des Bürgertums die radikale Revolutionierung der gesamten Gesellschaft.

Freilich wir wissen wohl, daß die bürgerliche Gesellschaft gar nicht daran denkt, ihre eigenen Grundsätze zu befolgen. Sie denkt nicht daran, es jedem zu ermöglichen, durch „Fleiß und Talent“ zur erhöhten Steuerleistung und damit zum vollen Besitz der bürgerlichen Rechte zu gelangen. Die „Republiken“ der freien Hanfsstädte gehen mit dem Beispiele voran, feudale Verhältnisse zu schaffen, an die auch das politische Recht geknüpft ist, nicht anders wie an eine medienburgische Guts herrschaft. Es kommt gar nicht auf Fleiß und es kommt gar nicht auf Talent an. Jeder Zwettel, der von Geburt vermögend, ist zum Gesetzgeber berufen, jeder Gauner, der sein Vermögen durch Zuchtverbrechen erworben hat, ist nach verbüßter Strafe und Wiedereintritt der Ehrenrechte befähigt, Gesetzgeber erster Klasse zu sein, jeder Wucherer, der die Notlage der Armen ausplündert, kann in der privilegierten Klasse seinen Einfluß geltend machen. Das ganze Staatswesen ist nichts als ein Interessenausgleich einer bestehenden Minderheit.

Die breite Masse aber, deren Arbeit der Minderheit doch erst die Möglichkeit erhöhter Steuerleistung schafft, wird in dieses moderne politische Ghetto eingesperrt, dessen Mauern sie niemals übersteigen soll. Das kontingentierte Wahlrecht für das Proletariat ist die politische Spiegelung des wirtschaftlichen Verhältnisses, das auch Lohn- und Lebensverhältnisse für die Massen kontingentiert und ihnen niemals gestattet, die engsten Schranken zu überwinden.

In Lübeck hat man eine Art ehernes Lohngesetz der Politik für die Massen beschlossen: die politische Macht des Proletariats soll sich niemals über ein gewisses Maß erheben können. Kein Naturgesetz, wie hier klar zu Tage tritt, sondern ein frecher Willkürakt der Besitzenden, welche die Gesetzgebung benutzen, um sich ihre Herrschaft zu garantieren und die politische Betätigung derer, die gerade wegen ihrer Besitzlosigkeit eher ein gesteigertes politisches Recht haben sollten, schamlos verhöhnen, indem ihnen zwar gestattet wird, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen und auch Abgeordnete zu wählen, sie aber für alle Zeit verhindert, daß sie durch die Zahl ihrer Abgeordneten jemals gesetzgeberisch ins Gewicht fallen.

Der Feldzug, den die Hanfsstädte gegen die politischen Rechte des Proletariats eingeleitet haben, ist in Wahrheit der moralische Zusammenbruch des verfassungsmäßigen Staatswesens, und es ist kein Unterschied, ob die feudale Herrschaft ausgebaut wird von einem ostelbischen Gutsbesitzer oder einem Hausagrarier, dessen Herrschaftsrecht in dem Maße steigt, wie es ihm gelingt, seine Mieter zu steigern. Die bürgerliche Gesellschaft verzichtet mit solchen Gewaltakten auf die moralischen Grundsätze, mit denen sie ihre Herrschaft ideell begründet. Sie kennt keinen anderen Grundsatz mehr als die Gewalt und legitimiert damit auch jedes Mittel, das der Herrschaft solcher Gewalt ein Ende bereitet.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 8. August.

Das Dementi der Truppenverstärkungen

für Südwestafrika findet recht wenig Glauben, sonderbarerweise gerade in den rechtsstehenden Blättern. So bemerkt beispielsweise die „Deutsche Tageszeitung“ daß die

Erklärung der „National-Zeitung“ ein Dementi eigentlich nicht sei. Sie fügt dann noch hinzu, „wozu überhaupt dementieren, was sich doch als nötig herausstellen wird“. Die „Magdeburgerische Zeitung“ behauptet, daß dem Truppen- transport am 20. August noch zwei weitere Transporte am 30. August und 14. September folgen würde. Offenbar handelt es sich also dabei noch um Nachschübe über die 800 Mann hinaus, die ja bereits von den freiwilligen Offizieren zugegeben worden sind!

Die freisinnige Presse bemerkt sich diesen Truppen- verstärkungen gegenüber höchst seltsam. Sie ist durch die Erklärungen des „Tag“ und der „National-Zeitung“ vollständig befriedigt und gibt sich den Anschein, als ob die Verstärkung der südwestafrikanischen Truppen um 1200 Mann in einem einzigen Monat ganz in der Ordnung wäre und sich durchaus in dem Rahmen der Bewilligungen des Reichstages hielte. In Wirklichkeit ist aber vom Reichstage nur ein alle zwei Monate stattfindender Truppenaushub von 250 Mann bewilligt worden. Selbst also, wenn es wahr wäre, daß die abgelandeten Truppen nur die in vier Monaten entstandenen Lücken ausfüllen sollten, würden 700 Mann mehr abgehen, als vom Reichstage bewilligt worden sind! Die liberale Presse steckt aber den Kopf absichtlich in den Sand, um nicht ebenfalls in den Ruf nach Einberufung des Reichstages einstimmen zu müssen. Es wäre den liberalen Herren unangenehm, ihre Zustimmung zu Maßnahmen offen geben zu müssen, deren Verantwortung sie viel lieber der Regierung selbst überliehen!

Eigentlich ist es nur die „Kölnische Volkszeitung“ die mit Entschiedenheit Protest gegen die Budgetverträge erhoben hat und für eine schlemmige Einberufung des Reichstages eintritt. Die „Germania“ begnügt sich mit einigen recht nichtsagenden kritischen Bemerkungen. Diese Haltung der bürgerlichen Presse kann natürlich die Regierung nur in ihren Absichten, noch weitere größere Verstärkungen nach Südwest- afrika zu schicken, bestärken! Sie hat ja jetzt gesehen, daß ihr die bürgerlichen Parteien nicht allzu viel Opposition machen werden. Es scheint wirklich beinahe so, als ob der ganze Presssturm von der Regierung künstlich inszeniert worden wäre, um die öffentliche Stimmung ein wenig zu sonderieren, bevor sie mit ihren Projekten heraus- rückt. Daß sie ganz gefahrlos 5000 Mann Verstärkung ab- schicken kann, hat die bisherige Behandlung der Südwestafrika- frage hinlänglich bewiesen, und die Regierung wird auch nicht mehr allzu lange mit der Ausführung ihres Projektes zögern!

Wir unsererseits können nur mit allem Nachdruck unsere Forderungen wiederholen, daß auch trotz der halb offiziellen Dementis der Reichstag sofort zusammenberufen werde. Sollte gleichwohl die Einberufung nicht erfolgen, so werden die Vertreter der sozialdemokratischen Partei im Herbst umso gründlicher mit der Regierung und den bürgerlichen Parteien abrechnen!

Freiheit der Wissenschaft.

Ein Beitrag zur akademischen Lehrfreiheit.

Man schreibt uns:

Der vor wenigen Tagen erfolgte Selbstmord eines jungen Physiologen hat nicht nur in der wissenschaftlichen Welt, sondern auch in großen Publikum großes Aufsehen erregt. Der Tatbestand ist kurz folgender: Ein junger Mediziner, der fern von ausübender Praxis sich der reinen theoretischen Forschung widmete, bittet die medizinische Fakultät der Universität Berlin um seine Zulassung zur Privatdozentur d. h. zur akademischen Lehrtätigkeit, er wird abgewiesen und greift aus Verzweiflung zum Gift.

Wahrscheinlich war es auch an der Berliner medizinischen Fakultät wie auch anderswo — wenigstens offiziell — Brauch, die Zulassung zur Lehrtätigkeit allein von den wissenschaftlichen Qualitäten des Bewerber abhängig zu machen. Seine Arbeiten wurden einem ordentlichen Professor, in dessen Lehrstuhl sie gehörten, zur Prüfung übergeben, nur auf dessen Referat hin erfolgte die Zustimmung der Fakultät öffentlich, wobei nur einfache Majorität entschied. Man sah sich nun veranlaßt, durch kleinliche Chikanen, wie z. B. die Forderung, daß der Bewerber die Doktorwürde an einer preussischen Universität erlangt haben mußte, den Meldungen ein Verminus entgegenzusetzen. Zwar konnte der Minister, der nachher diese Befugnis der Fakultät übertrug, diese Forderung fallen lassen, jedenfalls war dadurch schon eine Erschwerung geschaffen. Dies schien aber nicht genügt zu haben, denn es wurden neue Bestimmungen erlassen, die neben den wissenschaftlichen Qualitäten noch die Bedürfnisfrage einer neuen Dozentur in Betracht zogen. Außerdem findet die Abstammung fortan geheim statt und zur Zulassung ist Dreierdrittel-Majorität erforderlich. Natürlich wird von jetzt an die Zulassung zur Dozentur völlig von dem guten Willen der ordentlichen Professoren abhängig. Ist ein Bewerber wissenschaftlich noch so hervorragend, paßt er aber nur über einem Viertel der Fakultät nicht, so wird er eben abgelehnt, denn absolutes Bedürfnis an Dozenten ist heute ebensowenig an der Berliner medizinischen Fakultät, wie es — bei derselben Zahl von Dozenten — voraussichtlich in zehn Jahren sein wird.

Als diese neuen Bestimmungen erlassen wurden — bei dem verstorbenen Physiologen sollen sie zum ersten Male in Kraft getreten sein — hieß es: es muß dem Dozentenüberschuß gesteuert werden, es gibt eine Anzahl von Dozenten, die wissenschaftlich weniger hervorragend sind, und den Titel dazu benutzen, um daraus für ihre Praxis pekuniären Vorteil zu ziehen. Gewiß mag es auch unter den Dozenten der Berliner medizinischen Fakultät auch solche geben, sie werden aber

sicherlich in so geringer Zahl sein, daß man ihretwegen nicht solche Bestimmungen zu erlassen braucht. Ueberdies stand es ja der Fakultät frei, ihre Anforderungen so hoch zu schrauben, als sie es eben wollte und eine sorgfältige Auslese unter den Bewerbern auch unter den alten Bestimmungen zu treffen, und wenn sich ein Bewerber denn wirklich einmal durch eine vielleicht zu große Betonung seines Titels größere pekuniäre Vorteile in der Praxis erzielen sollte, dann hat er es ja durch seine Befähigung verdient. Es wäre also auch ohne Kaufschulparagrafen gegangen.

In Wirklichkeit jedoch wird ein Teil von Bewerbern, der mehr gute Beziehungen zu den Ordinarien als hervorragende wissenschaftliche Leistungen aufzuweisen hat, auch jetzt zur Dozentur zugelassen werden und nur den aufstrebenden Außenseitern, die nicht vielleicht einem Korps angehören oder gar Juden sind, der Weg erschwert. Man glaubt und hört nämlich vielfach, daß durch diese neuen Bestimmungen den jüdischen Berufen die Zulassung zur akademischen Lehrtätigkeit erschwert werden soll; es sollen in einem Teil der Ordinarien zu viel Juden unter den Privatdozenten sein — und wenn man die Verhältnisse an den hiesigen königlichen Instituten näher kennt, so wird man die Möglichkeit, ja die Wahrscheinlichkeit einer solchen Auffassung nicht von der Hand weisen können. Ganz abgesehen davon, daß kein Jude in den letzten Jahren ordentlicher Professor in Preußen geworden ist, findet man z. B. an den Berliner königlichen Kliniken und Instituten nur vereinzelte jüdische Assistenten, und diese wieder nur bei einzelnen Professoren, die wegen ihrer Vorurteilslosigkeit in dieser Beziehung ebenso bekannt wie selten sind.

Es erweckt nun — und gerade hier besonders — den Anschein, als ob das System des Herrn Justizministers auch auf die bisher noch relativ vorurteilslose medizinische Fakultät übertragen werden soll. Jedenfalls zeigte der jüngste Fall eine verzweifelte Neugier mit den Schönfeldtschen Prinzipien. Herr W. war Physiologe, d. h. er stand der ausübenden ärztlichen Tätigkeit fern und daß er nicht die wissenschaftliche Befähigung zum Dozenten gehabt hat, kann man auch nicht gut annehmen, da er, wie wir hörten, Herrn Geh. Rat Professor Frisch, der längere Zeit auf Reisen war, vertreten haben soll, und während dieser Zeit auch mit Erlaubnis der Fakultät Vorlesungen abhielt. Im übrigen geht aus der Entscheidung der Fakultät nicht hervor, ob die wissenschaftliche Qualität des Herrn W. in Betracht gezogen wurde. Da bleibt eben die Bedürfnisfrage, und die vermag natürlich nur die hohe Fakultät zu entscheiden, es ist ja möglich, daß das Bedürfnis, das bis vor kurzem noch bestand und dem Verstorbenen vertretungsweise die *venia legendi* (die Erlaubnis zu Vorlesungen) erteilen ließ, plötzlich verschwunden ist. Jedenfalls fällt es einem Unbefangenen und Eingeweihten schwer, daran zu glauben.

Daß die preussische Reaktion auch in wissenschaftliche Kreise eingedrungen ist, das weiß heute jedermann, der Fall Kronz steht auch heute noch unergessen da als abschreckendes Beispiel preussischer Rückschritte, sollte der Fall Vorkert ein neues Wahrzeichen preussischer Intoleranz sein? Es mehren sich die Zeichen, daß auch in den führenden medizinischen Kreisen Beschränktheit der Anschauungen immer mehr einzieht und die Wissenschaft und Forschung nicht als freier Kampfplatz aller Forscher, sondern nur der privilegierten angesehen wird. Recht charakteristisch ist dafür das Wort, das einem hiesigen Privatdozenten in einer wissenschaftlichen Diskussion der Berliner medizinischen Gesellschaft entwich. Er meinte nämlich, daß es nicht angängig sei, daß zwei königliche wissenschaftliche Institute zwei verschiedene wissenschaftliche Ansichten öffentlich zum Ausdruck brächten. Es gibt eben nur eine Wissenschaft und zwar die königlich preussische. So geschahen im 20. Jahrhundert.

Deutsches Reich.

Wache zwecks Reklame. Ein scharfes Urteil über die „Edelsten der Nation“ fällt Karl von Wartenberg in dem August-Heft der Monatschrift „Der Türmer“. Wartenberg, der bekannte Militär-schriftsteller (er schrieb früher als Freiherr v. Suhl), der wegen seiner kritischen Reizungen kürzlich gemohregelt worden ist, bespricht dort den famosen Plan des Fürsten Wendell von Donnermarck, einen Millionenfonds für verarmte Offiziere zu schaffen, und erörtert dann die Ursachen, die einen solchen Plan überhaupt aufstehen lassen konnten. Dieser „Anschlag gegen das deutsche Offizierskorps“, so meint er, war nur möglich, weil das Ansehen des deutschen Offiziers in der Öffentlichkeit aufs heftigste erschüttert sei. Der Offizier von heute ist nicht mehr der vornehme zurückhaltende Kavaliere, der er unter der Regierung Wilhelms I. gewesen ist. Während er früher die Öffentlichkeit aufs peinlichste gemieden habe, suche er sie jetzt allzu häufig krampfhaft auf, halbe nach Reklame, nach Bedeutung. So komme es, daß man heute die Offiziere zählen könne, die noch keine Verbindung mit der Söldnerpresse usw. hätten, deren Kontor sei die „Woche“ noch nicht geschmückt habe.

Woher kommt aber diese neue, den vornehmen altpreussischen Geist vernichtende Tendenz? Sie hätte nie entstehen können, wenn nicht der verstorbene Feldmarschall Graf Waldersee ein merkwürdiges Beispiel gegeben hätte. Von mahlosem Ehrgeiz gequält, wollte Waldersee der Öffentlichkeit beweisen, daß er wie kein anderer berufen sei, in das vom Fürsten Widmar verlassene Palais in der Wilhelmstraße einzuziehen und das Steuer des Reichsoberhauptes zu ergreifen. Kein Mittel, das ihm hierbei behilflich sein, durch das er die Öffentlichkeit auf sich hinweisen konnte, erschien ihm zu gering. „Wache zwecks Reklame“ war sein Triumphzug durch Deutschland, bevor er sich zur Übernahme des Oberbefehls über das 1900 in China gebildete Koalitionsheer in einem italienischen Hafen einschiffte; Wache zwecks Reklame die ungewöhnlichen Ehrungen, die ihm bei seiner Rückkehr für nicht vollführte Kriegstaten zuteil wurden; Wache zwecks Reklame der glänzende Bericht über seine Leitung der Koalitionsarmee, den er nach der Darstellung des Vertreters der „Frankfurter Zeitung“ noch an Ort und Stelle den europäischen Zeitungsreporternden aufdrängen wollte; Wache zwecks Reklame die Attacheurung eines besonderen Reporters des Berliner „Voll-Anzeigers“ an seine Person während der ganzen Dauer seiner Abwesenheit seiner Heimat, der täglich über sein Ergehen nach Berlin zu telegraphieren hatte; Wache zwecks Reklame endlich das Bemühen darum, daß er von dem Augenblick seiner Ernennung zum Höchstkommandierenden bis zu der Stunde, in welcher ihm in seiner Wohnung zu Hannover von Lieber Hand die China-Denkünze an die Brust geheftet wurde; auch nicht einen Schritt tat, der nicht von Photographen für deutsche Zeitungen und Wochenchriften festgehalten wurde. In allen nur möglichen Situationen sahen wir damals den seltsamen preussischen General abgebildet, nur nicht in der bedenklichsten. In jener nicht, in welcher er sich aus dem, von einer ebenfalls reklamebedürftigen Firma gestifteten, in Brand geratenen Abbesthaue durchs Fenster rettete und beinahe zur komischen Figur wurde.

Der arme Waldersee! Er ist tot und kann nicht mehr klagen. So wird er jetzt als Typus nach allen Regeln der Kunst verdolcht, eine Lebung am toten Modell, da die Versuche am lebenden Modell allzu heftig schmerzen. Kein Zweifel, daß zu der Lebendigkeit, mit der der tote Weltmarktschall geschilbert wird, das unmittelbare Leben von heute die Farbe geliefert hat. In Waldersee sollen die Charakterfiguren, die noch in Wirklichkeit sind, getroffen werden. Die Kritik dieses reichverdohtenen Offiziers läßt an unserem herrlichen Heer nicht viel übrig. Und weil sie durchaus die Wahrheit sagt, mag man den zweifelhaften Kultus der guten altpreussischen Zeit auf sich beruhen lassen.

Die Geheimnisse der Kollerei.

Zu der Meinelidsaffäre der Kollerei veröffentlicht Pastor a. D. Jacobsen in einem Hensburger Blatte folgende Erklärung:

In Nr. 180 der „Schleswigschen Grenzpost“ von gestern heißt es unter Gaderleben wie folgt:

„In dem Hensburger Annoncenblatt“ hat der frühere Pastor Jacobson eine Erklärung veröffentlicht, in welcher er behauptet, im Juli 1903 durch einen Brief an den Landrat Weherer über die ihm, Jacobson, durch v. Winter angeblich gemachte Zusage, unter Anerbieten von 2000 M. einen Mann zu einer bestimmten Ausfüllung zu veranlassen, sich beschwert zu haben. Wir sind ermächtigt zu erklären, daß eine solche Beschwerde weder beim Kreis-ausschuß hier noch beim Landratamt noch beim Landrat direkt eingegangen ist. Auch von der Tassache, daß Jacobson v. Winter bei der Staatsanwaltschaft denunziert hatte, hat der Landrat erst durch die Erklärung im „Hensburger Annoncenblatt“ Kenntnis erhalten.“

Dem Herrn Landrat ist demnach offenbar der Empfang und der Inhalt meines damaligen Schreibens total aus dem Gedächtnis entfallen!

Den geschätzten Empfang hoffe ich demnächst nachweisen zu können, den wortgetreuen Inhalt meines damaligen Briefes, der im Konzept vorliegt, gebe ich hiermit bekannt. Das Schreiben lautet:

Scherrebel, den 12. Juli 1903.

Herrn Landrat Weherer Wohlgeboren

Folgendes Erlebnis aus dem Frühjahr 1902 will ich Ihnen nicht vorenthalten. Der kommissarische Amtsvorsteher v. Winter, dem sehr daran gelegen war, festzustellen, daß P. Zimmermann in Scherrebel Optant sei, ließ mir durch eine Zwischenperson sagen: Der Schuhmacher Greihen in Blanker ist um die fragliche Zeit in Dänemark gewesen, derselbe muß veranlaßt werden auszusagen, daß er Peter Zimmermann damals in Dänemark gesehen und daß Zimmermann sich damals längere Zeit in Dänemark aufgehalten hat. Diese Aussage muß er eidl ich erhärten, einerlei, ob er die Sache nun genau erinnert oder nicht. Ich stelle für diese eidliche Aussage 1000 M. zur Verfügung event. wenn nötig 2000 M.

Ich habe diese Zusage damals mit Entrüstung als Verleitung zum Meineid zurückgewiesen und mir nach diesem Erlebnis mein Urteil über die Denkart des Herrn v. Winter gebildet. Weiteres hinzuzufügen dürfte überflüssig sein; eidliche Aussage steht zur Verfügung.

J. Jacobsen, Pastor.

Nach Absendung des Briefes sprach ich am folgenden Tage mit mehreren Freunden, unter andern auch mit dem Rechtsanwält Rütter über die Sache und legte ihnen den Wortlaut obigen Schreibens an den Landrat Weherer vor. Auf deren Rat fandte ich zwei Tage darauf zur Vervollständigung meines ersten Briefes folgendes Schreiben an den Landrat Weherer:

Scherrebel, den 14. Juli 1903.

An den königlichen Landrat Herrn Weherer Wohlgeboren

In Ergänzung meines Schreibens vom 12. d. M. betreffend den Kommissarischen Amtsvorsteher v. Winter bemerke ich, daß die Zwischenperson der jetzige Hotelbesitzer W. Lassen in Scherrebel war.

J. Jacobsen, Pastor.

Hat der Herr Landrat vielleicht auch dieses zweite Schreiben nicht erhalten?

Ich bin bereit den genauen Wortlaut und die Abfendung dieser beiden Briefe eidlich zu erhärten bezw. durch Zeugen erhärten zu lassen. Ob der Herr Landrat wohl im Stande sein wird, den Empfang unter Eid abzuleugnen?!

Was zweitens die fernere Behauptung des Landrats betrifft, daß er erst durch die Erklärung im Hensburger Annoncenblatt von dem Ermittlungsverfahren gegen v. Winter Kenntnis erhalten haben will, so erscheint das ebenso wunderbar und ganz ungläublich. Meine Anzeige an die königliche Staatsanwaltschaft ist datiert vom 18. Juli 1903. Die Nachricht, daß das Verfahren eingestellt wurde, ist datiert vom 28. August 1903. Meine Beschwerde darüber bei der Oberstaatsanwaltschaft ist datiert vom 8. September 1903. Daß das Verfahren wieder aufgenommen sei gegen v. Winter, ist durch Schreiben des Ersten Staatsanwalts in Hensburg unter dem 23. September 1903 mitgeteilt. Am 12. Oktober 1903 ist dann die endliche Einstellung des Verfahrens mitgeteilt worden. Es hat also ein ausgebreitetes und langwieriges Ermittlungsverfahren durch die königliche Staatsanwaltschaft gegen einen dem königlichen Landrat Weherer unmittelbar unterstellten Verwaltungsbeamten stattgefunden, ohne daß der Herr Landrat das Geringste davon erfahren hat! Erst jetzt, über zwei Jahre später, will er durch den Artikel im „Hensburger Annoncenblatt“ Kenntnis davon erhalten haben! Wunderbar — höchst wunderbar —!

Hensburg, den 4. August 1905.

J. Jacobsen, früherer Pastor in Scherrebel.

Wenn der Herr Landrat Weherer jetzt noch immer nicht eine Veleidigungsklage gegen den Pastor Jacobsen erhebt, muß er wirklich ein sehr schlechtes Gewissen haben!

Es wäre dann freilich die Frage aufzuwerfen, ob die vorgelegte Behörde des moralisch so schwerhörigen Landrats dieselbe Unempfindlichkeit an den Tag legen würde!

Der Gemeindevorstand ermittelt. Jena, 7. August. (Fig. Ver.)

Im Großherzogtum Sachsen-Weimar hat wieder einmal eine Periode der lustigsten Versammlungsverbote eingesezt; unbekümmert um das Urteil der öffentlichen Meinung und die Kritik der Presse werden politische (sozialdemokratische) und gesellschaftliche Versammlungen in rascher Aufeinanderfolge verboten. Noch beschäftigt das Tiefenort Verbot auf lebhafteste alle politischen Kreise und schon wieder hat die Reaktion in einem anderen Landstädtchen eine wunderbare Wüte getrieben; es ist Verga an der Elster, das hinter Tiefenort nicht zurückstehen will. Merkwürdigerweise wird in dem am Orte erscheinenden Blatte, der „Vergaer Zeitung“, von der lokalen Begebenheit kein Wort mitgeteilt, so sehr zeigen sich die meisten Blätter des Großherzogtums geneigt, russischen Zuständen den Boden zu bereiten.

Die in Verga erscheinende „Neuhische Tribune“ berichtet: Der Gemeindevorstand von Verga a. E. hat eine anberaumte öffentliche Versammlung, in welcher der Situationsbericht über die Aussperrung in der Textilbranche gegeben werden sollte, nicht erlaubt. Er schreibt:

„Nach dem Darfhalten des Unterzeichneten liegt gegenwärtig keine Veranlassung vor, über die Aussperrung zu sprechen, da eine Aussperrung zurzeit noch nicht erfolgt ist.“

Verga a. Elster, den 4. August 1905.

Der Gemeindevorstand: Frische.

Es ist nur gut, bemerkt dazu das genannte Blatt, daß in diesen ersten Zeiten einzelne Bürgermeister für etwas Humor sorgen. Das bürgerliche „Jenae Volksblatt“ äußert sich wie folgt: Allerdings, das Verbot des Bürgermeisters Frische von Verga, der zugleich „Vollstretzer“ (Landtagsabgeordneter) ist, dürfte wie kaum ein anderes geeignet sein, einen unbändigen Seiterleitsausbruch, überall wo es bekannt wird, zu erzeugen. Aber es hat auch, wie jedes Versammlungsverbot, eine ernste Seite, und das ist: Verletzung der Versammlungsfreiheit, worauf wir immer wieder hinzuweisen gezwungen sind.

Wie lange noch soll das in dieser beschämenden Weise so fort gehen? Ueberlegen wir uns diese Frage richtig, so müssen wir antworten: Bis der Reichstag das Vereins- und Versammlungsrecht für das ganze Deutsche Reich einheitlich geregelt hat, denn vom weimariischen Landtag ist nichts, aber auch gar nichts zu erwarten.

Als Schutztruppe der Reaktion bekennst sich jetzt ohne Scham die Deutsche Turnerschaft“, die zurzeit in Königsberg tagt. In ihrem „Geschäfts- und Jahresbericht“ leistet sie sich folgende Demagogie gegen die Arbeiter-Turnerschaft:

Von allen Versuchen, das Turnen mit fremden Dingen zu verquiden, sind am ernstesten diejenigen zu nehmen, die unter deutsches Turnen zur Domäne der Sozialdemokratie und der Vaterlandslosigkeit machen möchten, — die im Arbeiter-Turnerbund vereinigten roten Gefellen, die von früh bis spät ihr Gift und ihre auf Unzufriedenheit, Neid und Hagerichtete Verheerung loslassen, um das arbeitende Volk und abtrümmig zu machen. Nehlt ihnen auch bis jetzt jeder nennenswerte Erfolg, so gilt es doch, treu, furchlos und wachsam zu sein. Vor allem gilt es, unser Turnen immer mehr mit jenem frischen, frohlichen und treu deutschen Geiste zu erfüllen, mit jenem Gefühl der Kraft und Leistungsfähigkeit der einzelnen, vor denen die sozialistische Gleichmacherei und die Unterdrückung der persönlichen Freiheit, sich durch bessere Leistungen ein besseres Los zu schaffen, in Nichts verflucht!

Diese blöde Anpöbelung der Arbeiter-Turnerschaft liefert nur den überzeugenden Beweis dafür, wie notwendig es für die Turner der Arbeiterklasse ist, den Bourgeois-Turnervereinen mit ihrem öden Hurratriotismus und ihrem ohnmächtigen Reifen gegen die idealen Bestrebungen des Proletariats verächtlich den Rücken zu kehren.

Wie Troika Krieg führte!

Ueber die Opfer der Flucht der Hereros in die Omahela hat ein zwölfstägiger Patrouillenritt, den Oberleutnant Graf Schweinitz in die Omahela unternahm, interessante Aufschlüsse gegeben. Von der Wasserstelle Dadowon (20 Kilometer nordöstlich Ojondjon) an fand er auf der etwa 150 Kilometer langen Strecke, die er dem Laufe des Ojondjon-Omuramba folgte, einen ausgetretenen Fußpfad, der offenbar den Weg bezeichnet, den die Scharen fliehender Hereros im August oder September vorigen Jahres genommen hatten. Tausende gefallenen Viehes, namentlich Großvieh, zahlreiche Gerippe von Menschen und Pferden bleichten an der Sonne und bezeichneten mit entsetzlicher Deutlichkeit, daß der Zug des Todes diesen Weg gegangen war. Besonders in den dichterem Gebüschstücken am Wege, wo die durstenden Tiere Schutz vor den Sonnenstrahlen gesucht hatten, lagen die Kadaver zu Hunderten dicht neben- und übereinander. An vielen Stellen hatten die mit dem Durstode Ringenden mit febernder Hand 15 bis 20 Meter tiefe Löcher aufgewühlt, um Wasser zu graben — vergeblich! Häufig verfielen Mensch und Tier den entsetzlichen Qualen des Durstes.

Unter den Umgekommenen befanden sich auch Tausende von Weibern und Kindern!

Und trotz dieser entsetzlichen Art der Kriegsführung ist der Herero-Aufstand noch keineswegs unterdrückt, wie die zahlreichen neuerlichen Ueberfälle unheimlicher Hererobanden beweisen. Die Viehe der Hereros überhaupt noch im Felde stehen, weiß kein Mensch. Denn von den auf 80 000 Köpfe geschätzten Hereros sind nur 1400 Männer im Kampfe gefallen: Ergeben haben sich bis Ende Mai 1853 Männer und 6187 Frauen und Kinder. Danach können, auch wenn Zehntausende verschmachtet sind, noch immer Zehntausende übrig geblieben sein, die den Kampf verzweifelt fortführen!

Wenigerwertig ist übrigens auch die ungeheure Sterblichkeit der gefangenen Hereros. In Swakopmund allein starben vom 10. Januar bis zum 19. Mai 490 Hereros, darunter auffallend viele Männer. Die Engländer hätten also alle Ursache, um die derzeitigen deutschen Angriffe gegen ihr System der Konzentrationslager mit Zinsen zurückzugeben!

Hänge-Peters über Südafrika.

In einem Vortrag in Hannover verbreitete sich Peters über die Zukunft Südafrikas. Seine Ausführungen, die sich auf die Eindrücke seiner kürzlichen Südafrikareise stützen, sind teilweise recht interessant. So ist folgende Stelle über die künftige Entwicklung Südafrikas bemerkenswert:

Die gegenwärtige wirtschaftliche Entwicklung Rhodesiens zeige, was der moderne Kapitalismus in der Kolonialpolitik zu leisten vermöge. In Gebenden, die noch für Abingstone und andere die ährteste Wildnis bedeuteten, findet man heute schon moderne Städte, zu denen man auf luxuriösen Eisenbahnen gelangt. Die landwirtschaftliche Bedeutung des Landes sei allerdings nur gering, wie denn überhaupt, von einigen Ausnahmen abgesehen, ganz Südafrika für den Ackerbau dauernd unzulänglich sei. Damit falle aber auch der Traum von den „Bereinigten Staaten Südafrikas“ zu Boden. Südafrika ist vielmehr in zunehmendem Maße ausgesprochenes Minen-Land geworden; Rhinen aber beherrschten eine stultuierende Bevölkerung. Auf den Vörsen hat Rhodesia speziell zurzeit eine sehr schlechte Reputation; es sind viele zweifelhafte Unternehmungen dort gegründet, und viele Leute haben ihr Geld verloren. Keuerdings wendet man sich mehr dem privaten Kleinbetrieb zu, und dieser rentiert sich besser. Mit seinem Reichtum an Diamanten, Gold, Silber, Kupfer, Zinn, Eisen, Kohlen, Petroleum usw. wird Südafrika nach Peters Meinung auf Jahrhunderte hinaus eine große Bedeutung für den Weltmarkt besitzen. Daß es freilich auch dauernd ein Land für Weiße sein wird, glaubt Peters jetzt weniger als je. Die Erfolge der sogenannten äthiopischen Bewegung sind geradezu frapierend. Ihre Vorkämpfer, meist Geistliche der abessinischen Kirche, entsalten unter der Parole „Der schwarze Erbteil für die Schwarzen“ eine rücksichtslose Agitation auf den Kanzeln und in Zeitungen, welche letztere in der Zulusprache erscheinen.

Danach wären also auch die Tage der deutschen Herrschaft in Süwestafrika gezählt!

Den ganzen Charakter des Hänge-Peters offenbart folgende Schilderung:

Was die Behandlung der Schwarzen und ihre Heranziehung zur Arbeit betrifft, so schilderte Peters als sehr erfolgreich die von den Engländern befolgte Methode. Als Beispiel führt er an, wie er sich Träger für seine Expedition verschafft hat. Er wendet sich an den Eingeborenenkommissionär; dieser läßt dann den Regern sogenannte „Erlaubnisse“ ausshändigen, durch welche ihnen „gestattet“ wird, die gewünschten Dienste zu verrichten; die betreffenden Regere werden, ohne lange um ihren Willen gefragt zu werden, herbeigeführt, ein „Kontrakt“ wird ihnen vorgelegt und dabei erklärt: wenn ihr den brecht, dann kommt ihr ein oder zwei Jahre ins Zuchthaus — und die Sache ist erledigt. Gutwillig läßt sich kein Regere zur Arbeit herbei. Aber jene Methode bedeutet beiseite keinen Arbeitszwang, es wird den Schwarzen ja nur die „Erlaubnis“ zum Arbeiten erteilt. Daß dieses unter britischer Flagge gäube Verfahren von Scharberei nicht allzuweit entfernt ist, läßt Redner ironisch durchblicken.

Offenbar schwebt dem Gemütsmenschen ein ähnliches System auch für die deutschen Kolonien vor!

Ausland.

Frankreich.

Eine Krise der Pariser Arbeitsbörse.

Paris, 4. August. (Fig. Ver.)

Die unerfreulichen Zustände auf der Pariser Arbeitsbörse scheinen einem ersten Konflikt zwischen den diese Anstalt beherrschenden antiparlamentarischen Gewerkschaften und den öffentlichen Gewalten, Regierung und Gemeinde zugute zu kommen. Auf der Arbeitsbörse sind allerlei, das Ansehen des organisierten Proletariats nicht eben fördernde Dinge vorgefallen, die der reaktionären Presse den Vordrang lieferten, im Namen der „Ordnung und Moral“ die Schließung des Instituts oder zumindest die Aushebung der Selbstverwaltung zu fordern. Um die von den Unternehmern gewünschte Maßregel zu verhüten, arbeitete die radikalsozialistische und sozialistische Mehrheit des Gemeinderats ein Statut aus, das die Zulassung unbefugter Personen in die Räume der Arbeitsbörse verbietet und für die Wahl der Verwaltungskommission das Proportionalsthem einführt. Der Seinepräsident erklärte den Entwurf, der die Autonomie im

hungen bestehen läßt, für unannehmbar, aber auch die in der Arbeitsbörse vereinigten Gewerkschaften wiesen das neue Reglement gerade wegen Verletzung ihrer Autonomie pure zurück. Den Antiparlamentariern der „Arbeiterkonföderation“ erscheint die proportionale Vertretung als eine Gefährdung ihres Einflusses, da die unzähligen kleinen Gewerkschaften, von denen viele nur ein Scheinsein führen, die Leitung der Anstalt an die großen Vereinigungen abgeben müßten, die der „direkten Aktion“ ledeswegs so blindlings ergeben sind. Man kann aber der Gemeinde ihre Förderung, auch ein gewisses Aufsichtsrecht über die Verwaltung der Arbeitsbörse ausüben, schon darum nicht verweigern, weil die Kosten der gewerkschaftlichen Arbeitsvermittlung durch eine kommunale Subvention bestritten werden, und weil es sich herausgestellt hat, daß die jetzige Verwaltungskommission beträchtliche Summen an antiparlamentarische „Föderationen“ abgegeben hat, die sich gar nicht mit Arbeitsvermittlung beschäftigen. Die vorgestrichene Verarmung auf der Arbeitsbörse, die über das vom Gemeinderat beschlossene Statut beriet, war selbst eine deutliche Illustration zu den Beschwerden, die aus der Mitte großer Gewerkschaften gegen das jetzige Regime erhoben werden. Es waren 290 Organisationen durch je 5 Mitglieder vertreten, also 1400 Personen anwesend — ein zur Verhandlung einer administrativen Frage nicht eben besonders geeigneter Körper. Mit Klammation wurde beschlossen, den Kampf der Arbeiterschaft, der sich auch in Zukunft nach den Umständen richten soll, jedem Reglement zum Trotz fortzuführen. Die Versammlung erklärte, es sei die Pflicht und das Interesse der Arbeiterschaft, an der Wahl der Verwaltungskommission nicht teilzunehmen. Bei der Gegenprobe erhoben sich nur wenige Hände gegen diesen Beschluß. Was wird nun geschehen? Wenn die Gewerkschaften ihre Abstinenzpolitik wirklich durchzuführen, so wird der Regierung kaum etwas anderes übrig bleiben, als die Arbeitsbörse zu schließen. Die Folge davon wird sein, daß die Arbeitsvermittlung nun vollends in die Hände der Unternehmerverbände geraten wird, die sie ohnehin schon zum guten Teile nach der Aufhebung der privaten Institute an sich gezogen haben. Wenn die Schwäche der Gewerkschaften schon die von ihnen so häufig betriebene Agitation gegen die private Arbeitsvermittlung den Unternehmern zum Nutzen hat ausschlagen lassen, so wird die Schließung der Arbeitsbörse den Feinden der Arbeiterschaft weitere Vorteile bringen, die ihnen wieder zu entreißen jedenfalls nicht leicht fallen wird. Ein Mittel gibt es allerdings dagegen, die Errichtung einer kommunalen Arbeitsvermittlung. Aber ob eine Politik, die nur diesen Ausweg freiläßt, eine gute gewerkschaftliche Politik ist, bleibt dahingestellt.

Italien.

Sozialdemokratie und Freimaurerei. Schon vor längerer Zeit war von der Urabstimmung die Rede, die seitens des italienischen Parteivorstandes angeregt war über die beiden Fragen: 1. Kompromittiert ein Genosse, der Freimaurer ist, seine politische und soziale Unabhängigkeit? 2. Sollen Sozialisten, die Freimaurer sind, aus der Partei ausgeschlossen werden? Jetzt liegt nun das Resultat der Urabstimmung vor. Auf die erste Frage wurde 1007 mal mit „Ja“ und 152 mal mit „Nein“ geantwortet; auf die zweite Frage 9163 „Ja“ und 1175 „Nein“. Das Referendum ist leider in überaus geringem Umfange von den italienischen Genossen beachtet worden. Dabei doch von den 1095 Gruppen der Partei nur 774 es für nötig erachteten, Antworten einzusenden, sodas von den 37 921 Mitgliedern der italienischen Partei bloß 11 773 das Wort zu der Frage ergriffen haben. — Allerdings scheint aus dem Resultat hervorzugehen, daß bei größerer Beteiligung der Effekt ein noch freimaurerfeindlicherer gewesen wäre. —

England.

Der französische Flottenbesuch in England.

Cowes, 8. August. Gestern Abend waren Admiral Caillaud und die höheren französischen Offiziere zu einem von dem König an Bord der königlichen Yacht veranstalteten Dinner geladen, an dem auch die königliche Familie und der französische Votschafter teilnahmen. Der König gab in seinem Trinkspruch der Freunde Ausdruck, Admiral Caillaud und dessen schöne Flotte empfangen zu können, und erinnerte an die freundschaftliche Aufnahme, die der englischen Flotte in Vrest zuteil geworden sei. Der König schloß mit den Worten: Ich hoffe, Ihr Besuch in den englischen Gewässern wird einen deutschen Beweis geben von dem zwischen unseren beiden Ländern bestehenden guten Einvernehmen. Ich bin überzeugt, daß sein hauptsächlichster Vorteil die Aufrechterhaltung des Friedens zwischen uns sein wird. Es ist zu hoffen, daß die guten Beziehungen, die zwischen den beiden so engen Nachbarn bestehen, noch verstärkt werden. Ich trinke auf die Gesundheit des Präsidenten der Republik; zugleich wünsche ich der französischen Flotte eine glückliche Entwidlung. In einer Antwort auf die Ansprache des Königs sagte der französische Votschafter, die Worte des Königs würden auf alle Franzosen tiefen Eindruck machen, aber seine Ueberzeugung betonen in Anbetracht der langbekannten Gefühle des Königs gegen die französische Nation und des vorherrschenden Einflusses, den der König bei der Herrschaft der englisch-französischen Annäherung ausgeübt habe und der niemals vergessen werden sollte. Der Votschafter widmete seinen Trinkspruch dem König und der königlichen Familie.

Admiral Caillaud dankte dem König im Namen der Flotte für seine Wünsche. Eine herzliche Aufnahme sei den Franzosen sicher gewesen. Dieselben warmen Bande herzlicher Sympathie, wie sie der Zusammenkunft in Vrest ihr Gepräge gaben, bezeichnen auch das Zusammenreffen mit der Kanalflotte. Nichts werde jemals die liebgeordnete Erinnerung an die Zusammenkünfte der englischen und französischen Flotte aus dem Gedächtnisse auslöschen. —

Asien.

Der Sozialismus in Japan fängt an, die Öffentlichkeit in um so höherem Grade zu beschäftigen, als die Verfolgungswut der Behörden gegen die japanischen Sozialisten zunimmt. Sind unsere Genossen drüben zurzeit also verdonnert, sich ruhiger zu verhalten, als es ihnen lieb ist, so dürfen doch wenigstens die japanischen Aristokraten und sonstigen Sozialistenfeinde sich vernehmen lassen, und das genügt zum Glück einzuweisen, um das Thema „Sozialismus“ nicht verschwinden zu lassen. Kürzlich sprach Marquis Ito über „Sozialismus“ — selbstverständlich in sozialistenfeindlichem Sinne. Auch Baron Kihouza, der Minister des Handels und Ackerbaus, behandelte in einer Rede, die er vor circa 2 Monaten hielt, den „Sozialismus“. Dergleichen Dr. Kuroda, Mitglied des Oberhauses, der vor seinen hohen Ständegenossen über das erwähnte aktuelle Thema referierte. So sieht sich denn sogar der „Kippou“, das reaktionäre Organ Japans, gezwungen, einzugehen, daß der Einfluß des Sozialismus in Japan nicht mehr mit Stillschweigen übergangen werden kann! Es sind das sehr erfreuliche Anzeichen für die Zukunft. —

Die Bevölkerungsziffer Chinas. Die viel umstrittene Zahl der Bevölkerung Chinas ist in dem neuer erschienenen Berichte über das Jahr 1904 von den kaiserlichen Jollamtern auf 432 Millionen angegeben. Die verhältnismäßig wenig diese ungeheure Masse der Chinesen von einer Welt außer China erfährt, zeigt die Tatsache, daß in den Vertragshäfen, wo die Weißen verkehren, nur 7 Millionen Chinesen leben. —

Amerika.

Die Extraktion des Kongresses. Präsident Roosevelt hat den Kongreß zu einer außerordentlichen Sitzung einberufen, die am 11. November ihren Anfang nehmen wird. Eine Menge Arbeiten harrten der Erledigung, unter welchen die Neuregelung der Handelsbeziehungen zu Deutschland ein besonderes Interesse in Anspruch nimmt. Der gegenwärtig bestehende Meißbegünstigungsvertrag soll schon mit Ende November aufhören, anstatt erst am 1. März 1906, wenn Deutschlands neue Handelsverträge in Kraft treten. Einer Nachricht aus Washington zufolge wird dieser Angelegenheit unter den Diplomaten viel Aufmerksamkeit gewidmet. Der deutsche Ge-

sandte soll Ende September genaue Instruktionen von Berlin erwarten, um die Verhandlungen aufzunehmen. Für einen Reziprozitätsvertrag mit Deutschland ist wenig Neigung im Kongreß vorhanden. Auch mit der allgemeinen Zollpolitik wird sich der Kongreß beschäftigen, ferner mit der Eisenbahnsache, die Regelung der Frachtraten im zwischenstaatlichen Verkehr betreffend. Es muß vom Kongreß entschieden werden, ob der Panamakanal ein Schluß- oder Nebenkanal werden soll, was einen großen Unterschied in den Kosten bedeutet. Mit China muß ein neuer Vertrag abgeschlossen werden über die Einwanderungsfrage. —

Der Krieg in Ostasien.

Die Friedensverhandlungen.

Petersburg, 7. August. (Laffan-Meldung.) Ein kifiziertes Telegramm, das der Jar gestern an Wlita sandte, ist, wie in Hofkreisen erklärt wird, als eine endgültige Feststellung der Tatsache zu betrachten, daß es Linewitsch gelungen ist, den Jaren zu überreden, sich vollständig auf ihn zu verlassen. In militärischen Kreisen ist man der Ansicht, daß die gegenwärtigen Verhandlungen in Portsmouth fruchtlos verlaufen werden. Linewitsch hat mit den Behauptungen von seiner Ueberlegenheit sogar die Bureaokratie erobert, und man ist in amtlichen Kreisen deshalb in bezug auf die Friedensverhandlungen nicht mehr so optimistisch gestimmt wie vorher.

London, 8. August. (Bureau Laffan.) Sofort bei Beginn der Friedensverhandlungen werden, wie „Standard“ aus Portsmouth (New Hampshire) meldet, die japanischen Bevollmächtigten den Russen gleichzeitig zwei verschiedene Programme mit Friedensbedingungen überreichen. Die Bedingungen des ersten Programms werden gemäßigter Art sein und für den Fall sofortiger Annahme angeboten. Das zweite Programm enthält schwerere Bedingungen, auf denen Japan bestehen würde, falls der Krieg fortgesetzt werden sollte.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Hoch- und Untergrundbahn-Gesellschaft als Arbeitgeber. Bereits vor einiger Zeit berichteten wir über die unwürdigen Lohn- und Arbeitsbedingungen, unter denen die Handwerker und Hilfsarbeiter in den Reparaturwerkstätten der Hoch- und Untergrundbahn-Gesellschaft vegetieren müssen. Infolge der damaligen großen Unzufriedenheit der Arbeiter mit den dortigen Verhältnissen stellte die Direktion eine nach Altersgrenzen abgestufte Lohnzulage in Aussicht. Jetzt zeigt es sich jedoch, wie die Direktion ihre frühere Zulage aufgespitzt hat. Aus der Lohnreduktion ist nämlich eine provozierende Lohnreduktion geworden. Ein Anschlag in den Werkstätten besagt: Kolonnenführer und Vorkloster erhalten von jetzt ab einen Anfangslohn von 45 Pf. pro Stunde (bisher waren es 50 Pf.), steigend bei zehnjähriger Tätigkeit bis auf 63 Pf. Für alle übrigen Handwerker beträgt der Anfangslohn 40 Pf., steigend um jährlich 1 Pf. bis zum Höchstlohn von 60 Pf. nach 10 Jahren (früher wurden 40 bis 45 Pf. Anfangslohn gezahlt mit Zulagen von 1 bis 5 Pf.). Hilfsarbeiter sollen 33 Pf. erhalten, bis sie nach 10 Jahren den fürstlichen Höchstlohn von 38 Pf. erreichen (früher belamen sie 35 Pf. mit 1 bis 2 Pf. Zulage). Hilfsarbeiter, die bei Handwerkern als Helfer tätig sind, bekommen 2 Pf. Zuschlag, bis sie nach 10 Jahren 40 Pf. verdienen. Die Werkstättenarbeiter der Station Zoologischer Garten erhalten 2 Pf. Zuschlag; bei Entlohnungen, Zusammenstößen und dergleichen doppelten Lohn und bei Schneearbeiten 2 Pf. mehr. (Früher betrug der Zuschlag 3 Pf. und bei Schneearbeiten 5 Pf.) Wahrscheinlich hat die Direktion geglaubt, „ihren“ Arbeitern diese Lohnreduktion gemächlich bieten zu können, weil sich unter den Leuten tatsächlich einige „Würger“ befinden, die 96, 98, ja sogar 101 Stunden in der Woche gearbeitet haben, also durch überhöhte Ueberstundenlöhne ihren Wochenlohn trotz der schlechten Stundenlöhne auf eine beträchtliche Höhe brachten. Da mag sich die Direktion gefügt haben: Wenn diese Leute so lange arbeiten, dann können es die anderen auch; wenn sie aber durch die lange Arbeit so und soviel verdienen, so können wir ihnen den Stundenlohn gestoft kürzen, denn sie verdienen auch so noch genug. — Das ist die Folge des unsmigen Ueberstundenmachens derjenigen tüchtigen Arbeiter, die sich von Meistern und Direktoren ihren Mitarbeitern gegenüber für gewöhnlich so gerne als Musterknaben preisen lassen. Am Montag nahm eine vom Metallarbeiterverbande einberufene Versammlung der Werkstättenarbeiter zu dieser Lohnreduktion Stellung mit dem Resultate, daß erstmals der Arbeiterausschuß beauftragt wurde, die Direktion zur Zurücknahme der Maßregel zu veranlassen.

Zur Lohnbewegung der Kollutscher und Expeditionsarbeiter ist zu berichten, daß sich der Expeditorenverein jetzt bereit erklärt hat, außer mit der Lohnkommission auch mit den Organisationsvertretern Schumann und Werner vom Handels- und Transportarbeiter-Verband zu verhandeln. Der Verhandlungsleiter ist ein diesbezügliches Schreiben zugegangen. Es wird darin ausgedrückt, daß wenn die Arbeitnehmer der Meinung seien, daß durch die Einziehung der Organisationsvertreter zu den Verhandlungen der Weg zur gegenseitigen Verständigung eher geebnet werden könne, gegen die Teilnahme der beiden genannten Vertreter nichts mehr einzuwenden sei. Gleichzeitig sind die gesamten beiderseitigen Kommissionsmitglieder zum heutigen Mittwoch zu einer gemeinsamen Verhandlung nach dem Bureau des Expeditorenvereins eingeladen worden.

Deutsches Reich.

Die Antwort der Meeraner Textilarbeiter auf die Herausforderung der Unternehmer.

Meerane, 8. August. (Fig. Ver.) Die Antwort der Arbeiter auf die von den Unternehmern für den 19. August angekündigte Generalaussperrung ist erfolgt. Sie lautet klar und präzis: Nein! Wir wollen nicht, daß unsere Brüder in den Härtereien sich von neuem in das Walfürjoch begeben. Wir wollen den Sieg! So lautete die Antwort, welche die Meeraner Textilarbeiterschaft am Montag den Schlotjüngern erteilte. Drei große Versammlungen, die lange vor Eröffnung wegen Ueberfüllung abgesperrt werden mußten, protestierten auf das entschiedenste dagegen, daß man ihnen zutraut, sich durch die Unternehmer einschüchtern zu lassen, um eventuell ihre Genossen zu bewegen, die Arbeit zu den bisherigen Hungerlöhnen wieder aufzunehmen. Nach den Referaten der Genossen Reichelt, Chemnitz, Lüttich und Sasse-Weipzig wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: Die heutige Versammlung erblüht in der für den 19. August angekündigten Aussperrung eine Machprobe des Unternehmertums. Die anwesenden Arbeiter der mechanischen Webereien erwarten, daß die streikenden Härtereiarbeiter trotzdem im Kampfe aushalten, bis alle ihre Forderungen bewilligt sind. Diese Antwort werden die Scharfmacher des sächsisch-thüringischen Industrievereins sicher nicht erwarten haben. Sie trauen der Arbeiterschaft allzuwenig Opferfreudigkeit zu. Sie glauben, der Ausfall des Grimmischer Streiks sei ein anhaltender Schrecken für die Textilarbeiter; deshalb vertragen sie ihren großen Schlag von einem Termin zum andern und hoffen, in dieser Zeit Arbeitswillige genug zu bekommen. Bis heute haben sie keinen einzigen gefunden.

25 Pf. täglich mehr fordern die Härtereiarbeiter von Meerane und Glaucha. 28000 Arbeiter bekommen deshalb die Hungerperle. Mehr braucht nicht, um die Herrlichkeit unserer göttlichen Weltordnung darzulegen. Weil 1150 Arbeiter mit ihren elenden 13,50 M. Wochenlohn nicht mehr leben und die ihnen auferlegten Lasten des Reiches, des Staates und der Gemeinde nicht tragen können, werden 28000 fleißige Arbeiter auf die Straße geworfen und mit ihren Familien der Not und Sorge preisgegeben. Wahrhaftig, das ist eine derbe Dektion für das deutsche Proletariat. Möge es der 19. August gerührt finden.

Zweihundert organisierte Maurer sind in Steffin in den Ausstand getreten.

Die Bräudenarbeiter des kaiserlichen Meibiers Rominten sind nach der Provinzpresse in einen Streik getreten. Die Streikenden haben versucht, auch die Arbeitswilligen zum Streik zu bewegen. Darauf wurde telephonisch Polizei beordert, die fünf der „Räbelsführer“ aus dem kaiserlichen Baurebierre hinausbeförderte.

Der Streik der Textilarbeiter bei der Firma Deutz u. Deller in Schiefbahn bei Krefeld dauert schon circa 11 Wochen und ist noch kein Ende abzusehen. Obgleich die Firma den Betrieb nur notdürftig aufrechterhalten kann, von vielleicht 1200 Stählen sind 100 in Betrieb, dieselben werden von Angestellten, Werkmeistern und Lehrlingen bedient, denkt sie an kein Nachgeben. Die christliche Textilarbeiter-Organisation, welche allein bei dem Streik in Betracht kommt, hat schon eine große Anzahl Weberfamilien veranlaßt, den Ort zu verlassen und sich anderweitig anzusiedeln. Das Städtchen Schiefbahn, dessen wirtschaftliche Existenz sich hauptsächlich auf den großen Betrieb der genannten Firma stützte, geht einer vollständigen Verarmung entgegen. In einer allgemeinen Bürger-Versammlung wurde eine Resolution angenommen, in der es heißt: „Die Versammlung richtet an den Bürgermeister die Bitte, bei der Regierung Schritte zu unternehmen, damit die Schädigung Schiefbahns, die bis jetzt schon schreckliche Formen angenommen hat, durch ihre geeignete erscheinende Maßnahmen für die Zukunft vermieden wird.“

Die Führer der Christlichen lehnen jede Verantwortung ab und erklären, den Kampf eventuell bis zur vollständigen Erschöpfung weiterführen zu wollen. Ob diese Leute, welche den Klassenkampf selbst beurteilen, nicht begreifen, daß in einem solchen Streik ein Stütz-Klassenkampf enthalten ist?

Die vogtländischen und thüringischen Textilarbeiter wollen die angelegliche Friedensliebe der Herren Unternehmer auf die Probe stellen. Da diese vorgeben, nur mit Vertretern der Organisation nicht verhandeln zu wollen, sollen die Arbeiterausschüsse sich zu Verhandlungen bereit erklären. — Man darf gespannt sein auf die Antwort der Unternehmer.

Ausland.

Aus Longwy wird gemeldet: Mit den Grubenarbeitern der Becken von Godbrauz und Quisigny ist eine endgültige Verständigung erzielt worden. Man glaubt, daß es zu einer Einigung zwischen den Arbeitern und Direktoren zweier weiterer Gruben kommt.

Das Blatt der italienischen Syndikalisten.

Rom, den 7. August. (Fig. Ver.)

Unter dem Datum des 30. Juli ist das „Sindacato operaio“ erschienen, jene von sozialistischen Gewerkschaftlern herausgegebene Wochenzeitung, deren Veröffentlichung wir bereits angezeigt hatten.

Die erste Nummer gibt in einem vier Spalten langen Artikel das Programm des Blattes. Die Redaktion erklärt sich gegen das apolitische Kurgewerkschaftstertum; nicht apolitische Organisationen gelte es zu schaffen, sondern solche, die mit ihren eigenen Kräften ihre eigene Politik treiben. Diese Politik der Gewerkschaft werde die oberflächlichen Parteunterschiede, die heute republikanische, anarchische und sozialistische Arbeiter trennen, zum Verschwinden bringen. Da jede Funktion sich ihr Organ schafft, so könne der Tag nicht fern sein, an dem die Arbeitskammern eigene Arbeiterkandidaten aufstellen würden. Unter der direkten Kontrolle der Organisationen würde auch die Aktion im Parlament und in den Stadtverwaltungen zur direkten Aktion (sio) werden. Im Gegensatz zur anarchischen Gewalttätigkeit wird energisch auf die allmähliche Bildung der technischen Fähigkeiten im Proletariat hingewiesen, von denen die Uebernahme der sozialen Gestion durch die Arbeiterklasse abhängt.

Der Gedanke, daß die doktrinarischen Unterschiede zwischen anarchischen, republikanischen und sozialistischen Arbeitern un wesentlich seien, lehrt in einer anderen Anzahl des Blattes wieder, die für die Disziplin gewerkschaftlicher Fragen durch Arbeiter dieser drei Parteien eröffnet ist. Unter den Mitarbeitern der ersten Nummer befinden sich übrigens nur Sozialisten. Authentische Arbeiter haben bis jetzt nur wenig Raum in dem Blatt gefunden, ebensowenig wie die praktischen Träger der Organisation.

Man wird weitere Nummern abwarten müssen, um ein klares Bild der syndikalistischen Richtung zu gewinnen und zu erkennen, ob sie eine Ueberwindung der Partei durch die sozialistische Gewerkschaft oder eine Ueberwindung des Sozialismus durch die Arbeiterpolitik anstrebt.

Der Streik der Fuhrleute in Chicago hat nach einer Dauer von 15 Wochen mit einer Niederlage geendet. 21 Tote und 450 Verletzte stießen als Opfer in den Straßenkämpfen. Die Gewerkschaft der Fuhrleute verlor 300 000 Dollar. Die Arbeitgeber berechnen ihre Verluste auf 2 000 000 Dollar. Der Stadtlatte erwuchsen 175 000 Dollar Kosten. Am 6. April begann der Streik mit 17 Mann, er gewann einen so gewaltigen Umfang, daß einmal 30 000 am Streik waren, und zuletzt, Ende Juli, wurden noch 5121 Streiker gezählt. Es handelte sich zuerst um einen Sympathiestreik und später hauptsächlich um die Anerkennung der Union.

Gegen Fleischnot und Fleischvertenerung.

Der ehrsame Speichbürger, den es ärgert, daß er seine Fleischmahlzeit teurer bezahlen muß wie sonst, klagt, murren und räsonniert wohl über die „teure Zeit“, sein Groll wendet sich vielleicht nun gegen den Schlächter, den er als den allein Schuldigen an der Fleischvertenerung ansieht, im übrigen aber hofft er geduldig — er kann es ja aushalten — auf die Wiederkehr besserer Zeiten.

Der politisch geschulte Arbeiter gibt sich dieser Hoffnung nicht hin. Die durch die Vertenerung eines unentbehrlichen Lebensmittels verursachte Not drückt ihn schwerer, er kann die zu ungewöhnliche Höhe hinaufgestiegenen Fleischpreise nicht zahlen, er muß deshalb den Genuß des Fleisches aufs äußerste einschränken, ja ganz darauf verzichten oder das minderwertige Fleisch der Freibank auf seinen Tisch bringen. Der politisch geschulte Arbeiter weiß, daß die gegenwärtige Fleischvertenerung nicht verschuldet ist durch den Schlächter, bei dem er seine farge Fleischportion einkauft, er weiß auch, daß es nicht unabwendbare Ereignisse sind, welche die Fleischnot verursacht haben, sondern daß die allein Schuldigen an der herrschenden Fleischnot die nimmerfertigen Agrarier sind und die Regierung, die den agrarischen Interessen zu Liebe nicht nur hohe Vieh- und Fleischzölle durchgeseht, sondern auch die Vieh- und Fleischzufuhr aus dem Auslande unter hinfälligen Gründen verboten oder beschränkt hat.

Gegen einen Notstand, der solche Ursachen hat, hilft weder Klagen noch Murken, und die Hoffnung auf bessere Zeiten ist verfehlt. Da gilt es vielmehr, die Urheber des Notstandes, die Volkswirtschaft, die magerischen Auswüchse der Volkswirtschaft vor den Richterstuhl der Öffentlichkeit zu fordern und von der Regierung, die den Brot- und Fleischgewinn der Agrarier begünstigt, Maßnahmen zu verlangen, die den Interessen der breiten Schichten des Volkes Rechnung tragen.

In den 28 Versammlungen, welche die sozialdemokratischen Vertrauensleute gestern Abend in Berlin und den Vororten einberufen hatten, erhob die Arbeiterschaft, die ja wie keine andere Bevölkerungsklasse unter der drückenden Fleischnot zu leiden hat, ihre Stimme, um die wahren Ursachen der Vertenerung und Not öffentlich zu besprechen und ihre auf Abhilfe des Notstandes gerichteten Forderungen an die Regierung zu stellen.

Wie immer, wenn es galt, zu wichtigen Fragen Stellung zu nehmen, so waren auch gestern die Berliner Arbeiter der Einladung zu den Versammlungen in großer Zahl gefolgt. Die geräumigsten Säle waren schon lange vor Beginn der Versammlungen vollständig gefüllt, verhältnismäßig stark waren auch die Frauen vertreten.

Sie, Ne ja als Verwalterinnen des kümmerlichen Arbeiterhaushalts die Leertagspreise eines wichtigen Nahrungsmittels ganz besonders drückend empfinden, hatten nicht verkannt, hier ihre Stimmen mit in die Waagschale zu werfen, wo es galt, ein Volksurteil zu fällen über die wucherlichen Fleischvertenerer.

Wohin man sich wandte, um den Beschwerden zuzuhören, welche an den Tischen der Versammlungslokale geführt wurden, da fand man, daß die Ursache, welche die Tausende von Männern und Frauen hier zusammengeführt hatte, den Gegenstand der Unterhaltung bildete. Die unersättlichen Fleischpreise und ihre drückenden Folgen im Haushalt der Arbeiterfamilie war das Gesprächsthema, das man nach allen Seiten hin erörterte. Aber nicht resignierte Klagen über schlechte Zeiten waren es, was man hier zu hören bekam, sondern lebhafter Murren und gerechte Entrüstung über die unersättlichen Agrarier, die, geschützt und gestützt durch die staatliche Gewalt, nur bestrebt sind, die eigenen Taschen zu füllen, mag auch das Volk die drückendste Not leiden.

Die Gedanken, welche die Massen befehlten und die in ihren Gesprächen zum Ausdruck kamen, beherrschten natürlich auch die Vorträge der Referenten. Durch unanfechtbare Tatsachen und Zahlen wurde von den Rednern der Beweis geführt, daß wir unter einer Fleischnot und Fleischteuerung nicht etwa deshalb leiden, weil es an Schlachtvieh fehlt. Ausländische Viehzüchter würden genug liefern, um die Fleischpreise auf einer erträglichen Höhe zu erhalten. Aber da kommen die heimischen Viehzüchter unter junkerlicher Führung, die behaupten, das vom Auslande eingeführte Vieh sei verfault, oder doch mindestens feuchterwädig, das vom Auslande gelieferte Vieh sei gesundheitsgefährlich, die Einführung von Vieh und Fleisch aus dem Auslande müsse verboten werden. Und die Regierungen, wie immer, bereit, die Wünsche der agrarischen Junker zu erfüllen, sperren dem ausländischen Vieh und Fleisch die deutschen Grenzen oder erschweren doch „aus sanitären Gründen“ die Einfuhr. So kommen die Agrarier in die Lage, ihre Produkte zu Höchstpreisen loszuschlagen, und das arbeitende Volk ist es, welches die Wucherpreise zahlen und schließlich, da sie für die meisten Arbeiter nicht mehr zu erdulden sind, auf den Genuß eines notwendigen Nahrungsmittels verzichten muß, oder sich höchstens ab und zu als Lederbüßen leisten darf, was ein Bestandteil der täglichen Nahrung sein sollte. — Die Erörterung des vorliegenden Themas gab den Rednern auch Gelegenheit zu zeigen, daß die Fleischteuerung nur ein einzelnes Glied in der Kette ist, mit der unsere unersättlichen Junker den Volkskörper umflammen, um ihm Kraft und Mut auszuzugeln. Sie werden diese Kette, die sie unter Mithilfe der Mehrheit der bürgerlichen Parteien und der Regierung in Gestalt des Zolltarifs geschmiedet haben, anziehen, um den Arbeitern auch das wenige noch aus den Taschen zu holen, was ihnen der ausbeutende Unternehmer von ihrem Arbeitsvertrage gelassen hat. — So zeigt auch die Erfcheinung der Fleischteuerung wieder, daß der Arbeiter doppelt ausgebeutet wird, als Produzent vom Unternehmer, als Konsument vom agrarischen Brot- und Fleischwucherer.

Der politisch geschulte Arbeiter weiß wohl, daß die Ausbeutung aus Verwucherung, unter der seine Klasse zu leiden hat, ihr Ende erst mit dem Ende der bürgerlichen Wirtschaftsordnung findet, er weiß aber auch, daß seine Lage schon in der gegenwärtigen Gesellschaft etwas gemildert werden kann, wenn die Regierungen es als ihre Pflicht empfinden, nicht ausschließlich den Wünschen der herrschenden, sondern vor allem dem Wohle der arbeitenden Klasse, als der Mehrheit der Bevölkerung, Rechnung zu tragen.

Wie die Arbeiter Berlin über die gegenwärtige Fleischteuerung denken und was sie zur Beseitigung derselben von den Regierungen fordern, das ist in einer Resolution ausgedrückt, die in allen Versammlungen einstimmig angenommen wurde. Sie lautet:

Die gegenwärtige Fleischteuerung ist eine notwendige Folge der im Interesse der Agrarier ergriffenen Maßregeln, der Vieh- und Fleischzölle, sowie der von den Landesregierungen erlassenen Vieh- und Fleischimportverbote und Einfuhrbeschränkungen. Die Einfuhrverbote und Einfuhrbeschränkungen, die angeblich im Interesse der öffentlichen Gesundheit erlassen sein sollen, haben nur die Wirkung, daß sie eine maßlose Steigerung der Vieh- und Fleischpreise herbeiführen und eine winzige Minderheit der Bevölkerung bereichern.

Eine erhebliche Verschärfung des gegenwärtigen Notstandes wird noch eintreten, wenn der im Dezember 1902 von den Agrariern und deren Hörigen im Reichstage unter Druck der Geschäftsordnung durchgepeitschte Zolltarif mit den hohen Vieh- und Fleischzöllen, sowie den gewaltig gesteigerten Viehfutterzöllen in Kraft tritt. Durch die hohen Viehfutterzölle wird die Viehhaltung erschwert und werden weitere Preissteigerungen eintreten, wenn nicht eine größere Einfuhr freigegeben wird.

Durch die Fleischteuerung treten gewaltige Schädigungen der ärmeren Volksschichten und namentlich der Arbeiterklasse ein. Die Lebenshaltung der Arbeiter wird herabgedrückt und werden dadurch die Arbeiter in ihrer Leistungsfähigkeit und ihrem Erwerbe geschädigt. Die Fleischteuerung führt ferner dazu, daß der Genuß von minderwertigem Fleisch gestiegert und dadurch die Gesundheit des Volkes untergraben wird.

Die Versammlung protestiert gegen die Aufrechterhaltung der Maßregeln, die schwere wirtschaftliche, kulturelle und gesundheitliche Schädigungen der Arbeiterklasse herbeiführen.

Die Versammlung fordert, daß eine unbefristete Einfuhr von ausländischem Schlachtvieh nach den Orten freigegeben wird, wo durch ausreichende Kontrolle des Schlachtviehes und durch gute Fleischschau Sicherheit gegen Einschleppung von Viehsuchen und ansteckenden Krankheiten gegeben ist.

Ueber den Verlauf der einzelnen Versammlungen, an denen sehr viele Frauen teilnahmen, sich auch an der Diskussion beteiligten, lassen wir nun die einzelnen Berichte folgen:

Im ersten Wahlkreis

referierte in der auch von Frauen gut besuchten Versammlung in den **Anders-Beckers** Genosse **Davidsohn**. In podenden Worten schilderte der Referent die Ursachen der sehr erheblichen Fleischteuerung, den riesigen Einfluß der Agrarier auf die Regierung und das volksfeindliche Verhalten der preussisch-deutschen Junkerregierung. „Auf zum Kampf gegen Junker und Junkerregierung durch straffe Organisation,“ so schloß der Referent seine durch vielfachen Beifall unterbrochenen Ausführungen.

Im zweiten Kreis

hörten gegen 3000 Personen in der **Waldbrunn** ein Referat des Genossen **Ströbel**. Redner legte eingehend die Ursache der gegenwärtigen Fleischnot dar, charakteristisch das Wesen der indirekten Steuern und die Wirkung dieses Steuersystems auf die arbeitende Bevölkerung und zeigte an der Hand des neuen Zolltarifs, welche Ausflüchte das Proletariat zu erwarten hat. Dieser Kampf ist im eminentesten Sinne ein Klassenkampf. Er schloß mit einem warmen Appell an die Anwesenden, sich politisch und gewerkschaftlich zu organisieren, um geschlossen gegen die Erhöhung der Lebensmittelpreise Front zu machen. In der Diskussion wendeten sich Genossen **Wader** besonders an die zahlreich anwesenden Frauen mit der Aufforderung, sich ebenfalls zu organisieren, um mit den Männern Schulter an Schulter den Kampf aufzunehmen gegen die politische Entrechtung.

Dritter Wahlkreis

Im großen Saale von **Duggenbogen** am **Moritzplatz**, welcher samt Galerien bis auf den letzten Platz gefüllt war, referierte der Genosse **Abg. Mollenduh** recht wirkungsvoll unter dem lebhaften Beifall der Anwesenden. In der Diskussion sprachen **Kesslitz**, **Wieland**, **Wiederholz**, der als Gegner unter Angriffen auf unsere Taktik ein gemeinsames Vorgehen aller Parteien der Linken in solchen Fragen allgemeinen Interesses empfahl. **Wiederholz** wurde von Genossen **Mollenduh** widerlegt und dann die Resolution einstimmig angenommen.

Vierter Kreis

Für den **Südosten** war **Sansouci**, **Kottbuserstraße**, das Versammlungslokal. Hunderte fanden keinen Einlaß mehr. Hier war es Genosse **Freih. Zubeil**, der in 1½stündiger Rede die Agrarierfreundlichkeit der Regierung geißelte und nachwies, daß die von ihr betriebene Viehschabenspolitik dahin geführt habe, daß Hunderttausende von Arbeitern mit ihren Familien auf das zu ihrer Ernährung so notwendige Fleisch ganz oder teilweise verzichten müssen.

In der Versammlung bei **Keller**, **Koppenstraße**, referierte Reichstagsabgeordneter **Abg. Hoffmann**. Der Besuch der Versammlung betrug durch Freigabe der Galerie 3500 Personen. Das Lokal wurde abgesperrt. Das Referat wurde öfter und auch zum Schluß mit lebhaftem Beifall begleitet.

In **Doerfers Festsaal**, **Weberstraße 17**, sprach Genosse **Walder** **Wanasse** in sehr gut besuchter Versammlung. Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

Im **Elysiun** war die Versammlung von ca. 1500 Personen besucht. Bereits 10 Uhr erfolgte polizeiliche Absperrung; sechs 500 Personen begehrten vergebens noch Einlaß. Der Referent, Genosse **H. Koppke**, geißelte unter großem Beifall der Versammlung die maßlose Begehrlichkeit der Agrarier. Zahlreich waren die Frauen vertreten. Am Schluß der Versammlung wurde für die Frauen eine Teilerfassung beschlossen.

Im fünften Wahlkreis

referierte Genosse **Robert Schmidt** in den **Rußlersälen** vor einer zahlreich erschienenen Menge. In beinahe einstündiger Rede zeigte er, aus welchen Ursachen die heutige Katastrophe herzuweisen sei. Er beleuchtet, wie alle Maßnahmen der Regierung nur dazu geeignet seien, die notwendigen Nahrungsmittel in erheblicher Weise dem konsumierenden Publikum zu verteuern. Nur dem Drängen einer einzelnen Interessengruppe, dem Agrarierum, sei es zu verdanken, daß die Regierung trotz der Notstände des arbeitenden Volkes keinerlei Maßnahmen treffe, die Grenzsperrre, die Ursache des Viehmangels, aufzuheben. Selte es doch, dem verhasstesten Viehling, dem Großgrundbesitzerum, die ohnehin schon vollen Taschen auf Kosten der arbeitenden Klasse zu füllen. Unheilvoll sei der Einfluß, den das Junkertum seit Jahrzehnten auf die Öffentlichkeit ausübe. Dieses reaktionäre Volkstum der Regierung sei einzig und allein bestrebt, die winzigen Rechte des Volkes zu untergraben. Zusammenhalten im Kampfe gegen das Junkertum, geeint und verbunden, müsse unsere Aufgabe sein. Und wenn wir auch heute den Einfluß des Junkertums nicht brechen können, so haben wir doch keinen Anlaß, nachzulassen im Kampfe gegen das Ausbeutertum, gegen alle Feinde des Volkes. Nach kurzer Diskussion wurde die Resolution einstimmig angenommen.

Sechster Wahlkreis

Der Abgeordnete des Kreises, Genosse **Lebebour**, hielt im **Roabiter** Gesellschaftshaus das einschlägige Referat. Der Saal war bis auf den letzten Platz gefüllt; wie in allen Versammlungen, stellten auch hier die Frauen ein großes Kontingent der Versammlungsteilnehmer. An der Diskussion beteiligte sich Frau **Blässig** in zumühmendem Sinne.

Die Versammlung in den **Germaniasälen**, **Chausseestraße**, war von circa 2000 Personen besucht. Kurz nach 8 Uhr erfolgte Absperrung, viele Hunderte fanden keinen Einlaß. Genosse **Kaliski** geißelte die Fleischwucherpolitik, die von unseren Agrariern im trauten Bunde unserer Reichsregierung an den Massen der arbeitenden Bevölkerung verübt wird und brandmarkte die Verschimpfungen der Arbeiterfrauen durch die „Deutsche Tageszeitung“.

Von circa 2000 Personen war der **Swinemünder Salon** besucht, wo Genosse **Dr. Wehl** in scharfen Jügen die Ursachen der Fleischteuerung hervorhob. Er wies an der Hand von neuem Material nach, daß die Fleischsteigerung im Gegensatz zur Einwohnerzahl Deutschlands nicht im Einklang steht, sondern wir unbedingt durch einen starken Protest die Beseitigung der Grenzsperrre verlangen müssen. Die Folge der Verteuerung sei Verschlechterung der Lebensmittel, die wiederum Krankheit, Elend, Mindersterblichkeit, Invalidität im Gefolge hat. Zur Diskussion meldete sich Genossin **Ratsche**, die an die Frauen in errier Linie appellierte und sie ersuchte, sich den wirtschaftlichen sowie politischen Organisationen anzuschließen.

In der **Schönhauser Vorstadt** referierte Genosse **Wiesenthal** in der **Brauerei Königstadt**. Die Versammlung war von etwa 2500 Personen besucht. Um 9 Uhr erfolgte Absperrung. Das Referat wurde fortwährend von Zustimmungsgeläutungen unterbrochen.

Niederbarnim

In **Lichtenberg** war die Versammlung von circa 1200 Personen besucht. Genosse **Kiesel** referierte unter großem Beifall. In der Diskussion empfahl ein Schlächtermeister den Zusammenschluß der Konsumenten zu Genossenschaften.

In **Weißensee** sprach Genosse **Albrecht** **Halle** im **Vereinshaus** vor 500 Personen, darunter viele Frauen. Die Raubpolitik der Junkerherrschaft unter dem Patronat **Bobbielkis** scharf verurteilend, zerstückte Redner das agrarische Verbrechen von dem verfaulten ausländischen und dem braunen nationalen Schwein und zeigte dann weiter, wie das schon jetzt von der Ausbeuterherrschaft mit Beifall geächtete arbeitende Volk nach Inkrafttreten des neuen Zolltarifs mit Skorpionen gequält werde. Sein Appell zum rastlosen Kampfe gegen die Volkswucherer und die mit ihnen verbündete Regierung fand begeisterte Zustimmung bei den Versammelten.

Teltow-Berlin-Charlottenburg

Eine überfüllte Versammlung tagte im **Volkshaus zu Charlottenburg**, um das Referat des Genossen **Wurm** anzuhören. Gegen 1300 Personen waren anwesend und votierten unter stürmischer Zustimmung für die vorgelegte Resolution.

In **Schöneberg** war der **Obstide Saal** bis auf den letzten Platz gefüllt. Zahlreich waren die Frauen vertreten. Genosse **Wag** **W. u. W.** entlegte sich hier unter Beifallsstürmen seiner Aufgabe der Brandmarkung der heutigen politischen und wirtschaftlichen Situation. In der Diskussion richtete Frau **Wänke** eine Mahnung an die anwesenden Frauen, den Männern in ihrem Kampfe zur Seite zu stehen und dafür zu sorgen, daß in jeder Familie nur der **„Vorwärts“** gelesen werde.

In **Nixdorf**, das Versammlungslokal bei **Gröpler** war Kopf an Kopf von Versammlungsbesuchern gefüllt und noch immer strömten neue Zuhörer hinzu, dergleichen einen Platz suchend. Besonders stark waren auch die Frauen vertreten. Die Ausführungen des Referenten, Genossen **Schubert**, fanden lebhaften Beifall. Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

In **Wilmerdorf** war die Versammlung von 400 Personen besucht. Besonders stark waren die Frauen vertreten. Referent war Genosse **Pagels**. Nach kurzer Diskussion wurde die Resolution angenommen.

Tempelhof. Im **Wilhelmsgarten** referierte Genosse **Dr. Borchardt** in einer von circa 350 Personen besuchten Versammlung. Im Sinne des Referats bewegte sich die Diskussion, an der sich einige Genossen beteiligten.

Verfammlungen.

Zentralverband der Töpfer. Am Freitag fand eine außerordentliche Generalversammlung statt, welche über die Beschlüsse des Verbandstages diskutierte. Die Delegierten hatten schon in einer früheren Versammlung Bericht erstattet. Mehrere Redner übten Kritik an den Beschlüssen des Verbandstages, andere, die demselben als Delegierte beigeordnet hatten, rechtfertigten die Beschlüsse. Die hauptsächlichsten Einwendungen der Kritiker des Verbandstages sind in einer Resolution enthalten, welche, wie der Vorsitzende **Sorg** konstatierte, bei Anwesenheit von etwa 200 Mitgliedern gegen circa 90 Stimmen angenommen wurde. Die Resolution besagt: Die Versammlung protestiert gegen folgende Beschlüsse des Verbandstages in München: 1. Gegen die Resolution **Drusel**, den Arbeitsnachweis betreffend, 2. gegen die Erhöhung der Beiträge auf 65 Pf. sowie gegen die Einführung der Erwerbslosenmarke von 15 Pf., 3. gegen die Anstellung der Gauleiter durch den Zentralvorstand.

Ein von **Kemnitz** gestellter Antrag, den Arbeitsnachweis aufzuheben und den Lokalfonds fallen zu lassen, wurde zur nächsten Generalversammlung zurückgestellt und soll vorher in den Bezirksversammlungen diskutiert werden. — Hinsichtlich der Arbeitsnachweisfrage leitete **John** mit, daß der Innungsverband an die Gewerbedeputation ein Schreiben gerichtet hat, worin er sagt, daß die Innung bereit sei, der Errichtung eines paritätischen Arbeitsnachweises zuzustimmen unter der Voraussetzung, daß das Umschauen gestattet, den Arbeitern die freie Wahl der Arbeitgeber und den Arbeitgebern die freie Wahl der Arbeiter ermöglicht werde.

An Stelle des zurücktretenden zweiten Kassierers **Quhn** wurde **Grünberg** gewählt.

Schließlich kamen noch die bevorstehenden Tarifberatungen zur Sprache. Der Tarif läuft am 1. Januar ab, falls er am 1. Oktober genehmigt wird. Veränderungen des Tarifs werden als notwendig erachtet, und falls hierüber nicht vor dem 1. Oktober eine Verständigung mit den Arbeitgebern erzielt wird, müßte der Tarif geändert werden. Die Arbeitgeber haben bereits eine Kommission für die Tarifberatung eingesetzt. Dies soll nun auch seitens der Arbeiter geschehen. Die Versammlung vertagte diese Angelegenheit jedoch und beschloß, daß zunächst in den Bezirksversammlungen über die Forderungen beraten wird, welche bei den Tarifverhandlungen erhoben werden sollen.

Verband tüchtiger Arbeiter. Die Generalversammlung der Filiale **Groß-Berlin** fand am 2. August bei **Dräsel** statt. Ortssekretär **E. Dittmer** erstattete den Geschäftsbericht für das 2. Quartal 1905. Dasselbe kann als das beste seit dem Bestehen der Filiale bezeichnet werden. Den 1218 Reueinnahmen stehen 691 Ausbehalten gegenüber, so daß die Filiale am 1. Juli 5074 Mitglieder zählte. Die Gasarbeiter-Bewegung hat auch auf die Vororte übergriffen. So ist z. B. die Lohnbewegung in **Nixdorf** eingeleitet und kann unter Umständen zu einem Streik der **Nixdorfer Gasarbeiter** führen, wenn die Verhandlungen scheitern sollten. — Dank dem energischen Auftreten der **Wasserwerksarbeiter** in **Friedrichshagen** wurde die Mahnung des **Vertrauensmannes Remeis** rückgängig gemacht. Die Genossen **Dr. Wehl** und **Singer** griffen gleichfalls vermittelnd ein. Zwei weitere Mahnungen in der englischen Gasanstalt **Marienthof** endeten gleichfalls mit Wiedereinstellung der Betroffenen, als seitens der Organisation die Arbeitsinstellung in Aussicht genommen wurde. Der **Kampffonds** für den **Kat.** und **Reinigungstag** der **Gasarbeiter** ist mit über Zweidrittel-Majorität beschlossen, so daß auch hier im Spätherbst oder Frühjahr die Forderung kategorisch gestellt werden soll, wenn bis dahin die **Stadt Berlin** nicht Veranlassung nimmt, den circa 12 deutschen Städten nachzusehen, welche bereits den **Reinigungstag** eingeführt haben. — Das Sekretariat des Verbandes, **Alte Jakobstr. 145**, wurde im verflochtenen Quartier ziemlich stark in Anspruch genommen. Es wurden 52 Vorträge in den Sektionen gehalten, davon 20 von den Ortskomitees. Hierzu kommen 63 Sitzungen, 8 Vorstandssitzungen und diverse **Kassen-Abende**. — Der Kassierer **Hoffmann** gab absondern den **Kassenbericht**, **Einnahmen** und **Ausgaben** besagten mit 17 334,36 M., wovon ein Bestand für das 3. Quartal von 5625,81 M. bleibt. — In den **Filialvorstand** wurde **Prengelow**, als **Revisor** **Buch** gewählt. — Hieran erstattete der **Filialvorsitzende** **Fiebig** Bericht über den **Gesellschaftsfortschritt** in **Köln**, woran sich wegen der vorgerückten Zeit nur eine kurze Diskussion knüpfte. Es soll darüber noch in den einzelnen Sektionen weiter diskutiert werden. Mit einem Hoch auf den **Verband** schloß der **Vorsitzende Mehr** die Versammlung.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

London, 8. August. (B. T. V.) Unterhaus. Im Verlauf der Beratung der Appropriationsbill griff **Asquith** (Lib.) das Ministerium an und erklärte, die Regierung besitze nicht mehr das Vertrauen des Landes. Die britischen Kolonien und das Ausland seien sich klar darüber, daß die Regierung kein Ansehen genieße und keine Macht habe. Premierminister **Balfour** erwiderte, die Regierung besitze das Vertrauen der Mehrheit des Hauses, und solange sie dieses Vertrauen besitze, könne man ihr billigerweise nicht vorwerfen, daß es ihr an genügendem Ansehen fehle, um die auswärtigen Angelegenheiten und die Angelegenheiten der Kolonien zu verwalten. (Beifall bei den Ministerialen.) Hinsichtlich der Möglichkeit, daß ein liberales Ministerium ins Amt kommen könne, erklärte **Balfour**, es bestände geradezu Furcht in den europäischen Staatskriegen und in den Kolonien bezüglich der Möglichkeit eines Regierungswechsels. Er hoffe, diese Furcht möge sich gegebenenfalls als grundlos erweisen, wenn auch eine liberale Verwaltung möglicherweise nicht zum Ruhm und zur Festigung der Stellung Englands beitragen würde.

Die zweite Lesung der Appropriationsbill ist mit 197 gegen 57 Stimmen angenommen worden.

London, 8. August. (B. T. V.) Oberhaus. Das Oberhaus hat die dritte Lesung der Fremdenbill angenommen.

Aufstand in Portugiesisch-Westafrika

Lissabon, 8. August. (B. T. V.) Der „Königlichen Zeitung“ wird über einen Aufstand der Eingeborenen aus Portugiesisch-Westafrika gemeldet. Im Bezirk **Cacondé**, nördlich von **Obamboland**, wo die Portugiesen vor Jahresfrist eine schwere Niederlage erlitten, griffen 6000 **Kuanjanas** mehrere von portugiesischen Ansetzern bewohnte Dörfer an. Die meisten Bewohner wurden niedergemetzelt und alle Häuser verbrannt. Drei französische Missionare waren von den Räubern weggeschleppt worden, vermochten aber wieder zu entkommen.

Die Alken im Fall **Rasi** verschwunden

Rom, 8. August. (B. T. V.) Ein neuer Zwischenfall ist in der Affäre **Rasi** zu verzeichnen. Das **Kennmaterial** gegen den früheren Minister ist verschwunden. Alle Nachforschungen nach demselben sind bisher erfolglos geblieben.

Budapest, 8. August. (B. T. V.) Die seit sechs Wochen ausständigen **Grubenarbeiter** im **Köflerrevier** der **Donau-Dampfschiff-fahrts-Gesellschaft** haben beschlossen, bei ihren Forderungen zu beharren, und die Bedingungen der Gesellschaft für unannehmbar erklärt.

Budapest, 8. August. (B. T. V.) Wie die nähere Untersuchung ergeben hat, ist bei dem Zusammenstoß der **Bauernburschen** mit dem **Militär** in **Eger** (Erlau) nur ein **Bursche** erschossen worden; auch ist die Zahl der Verwundeten geringer, als zuerst angegeben wurde.

Konstantinopel, 8. August. Meldung des **Wiener A. N. Telegr.-Korr.-Bureaus**. Nach dem bisherigen Ergebnis der Untersuchung der **Libizkommission** werden nicht, wie ursprünglich gemeldet, 32 **Inländer**, sondern nur zwei der **Täter** oder der **Mithilfe** bei dem **Attentat** verdächtig.

Petersburg, 8. August. (B. T. V.) Die **Peterburger Telegrafen-Agentur** meldet: Die **Einsparung** der **Referenten** zu den **dreißigjährigen** **Herbstübungen** ist rückgängig gemacht worden.

12. Jahresversammlung des Zentral-Verbandes von Orts-Krankenkassen im Deutschen Reich.

Dresden, den 7. August.

Hauptversammlung.

Als Vertreter der Regierung ist Oberregierungsrat Freiherr v. Gruben gekommen. Von den Krankenkassen Österreichs sind Dr. Verlaup, Widholz, und Walesta-Wien und Glaser-Brünn erschienen. Der Rat Dresdens hat ebenso wie der Vorstand der Landesversicherungsanstalt sein Erscheinen mit Dienstgeschäften entschuldigt.

Ueber die Tätigkeit der geschäftsführenden Kasse referiert Bureauvorstand Hesse-Dresden. Er verweist auf den gedruckt vorliegenden Bericht und beklagt die mangelhafte Berichterstattung der Unterverbände resp. Kassen. 175 Kassenverbände resp. Kassen gehören dem Zentralverbande an.

Es geht eine Resolution (Wendland) ein, in der verlangt wird, daß die „Vollständige Zeitschrift für Arbeiterversicherung“ nach Beschluß der 10. Jahresversammlung Publikationsorgan des Zentralverbandes bleibt und ihre alle Publikationen rechtzeitig zu liefern sind, damit auch die Beamten davon unterrichtet sind. Fräßdorf erklärt, nichts dagegen zu haben. In der Debatte wird der Wert der Statistik im Krankenkassenwesen betont. Es wird auf die Notwendigkeit einer einheitlichen Statistik über Kleinrenten hingewiesen.

Giesel, Vorsitzender des Verbandes der Ortskrankenkassen-Beamten, wendet sich energisch gegen die Fassung des § 20 der Dienstvorschriften für Kontrolleur, der für diese Beamten ein Ausnahmestück konstituiert, das dem von der paritätischen Kommission vereinbarten Anstellungsvertrage widerspreche. Fißcher-Weimar und Hesse-Dresden widersprechen dem. Kohn-Berlin wendet sich gegen die Bestimmung, daß der Kontrolleur die Kranken daraufhin kontrolliert, ob sie die Medizin auch nehmen. Braun-Königsberg wendet sich gegen einen Paragraphen der Vorschriften für die Mitglieder der Ortskrankenkasse, der bestimmt, daß die Heilmittel der Kasse als Eigentum verbleiben. Das verstoße gegen das Gesetz. Fräßdorf-Dresden widerspricht dem Vordredner. J. B. Seybade wagt einen doch nicht dem Kranken verbleiben. Auch Apotheker Stalter steht auf demselben Standpunkt. Braun-Königsberg betont nochmals, daß Heilmittel, soweit sie Mundstülkungen betreffen, Eigentum des Kranken sind.

Die Resolution Wendland, betreffend das Publikationsorgan, wird angenommen.

Es referiert dann Fißcher-Weimar über die Einhebung der Beiträge für die Invalidenversicherung durch die Krankenkassen. Er befragt die einheitliche Erhebung der Invalidenbeiträge durch die Ortskrankenkassen. In einer Reihe deutscher Bundesstaaten geschieht das bereits, u. a. besonders weit durchgeführt in Sachsen. Recht traurig sieht es damit in Berlin und Bayern aus. Auch die Entschädigung ist eine durchaus ungenügende und ungleichmäßige. Redner entwirft an der Hand reichen statistischen Materials ein tolles Bild von dem Lohnwahn, das auf diesem Gebiete herrscht. Redner empfiehlt zum Schluß einen Antrag, das Gesetz dahin zu ändern, daß die Einhebung der Invalidenversicherungsbeiträge überal den Krankenkassen übertragen wird.

Nach kurzer Debatte, in der nur für den Antrag Fißcher gesprochen wird, wird dieser einstimmig angenommen mit einem Amendement Herloh, das den Ortskrankenkassen auch die Einziehung der Beiträge der in Zimmungs-, Betriebs- u. Kassen Versicherten übertragen will.

Der Herausgeber der „Krankenkassen-Zeitung“, Sydow-Berlin, spricht dann über: „Die Vereinfachung der Arbeiterversicherung“. Er geht auf die Vorgeschichte der in Aussicht genommenen Verwirklichung der Selbstverwaltung der Krankenkassen ein und wendet sich auch gegen die Kräfte, die diese schamloshen Verstreuerungen unterstützen. Er kritisiert die verschiedenen Erörterungen über die Reform und spricht die Meinung aus, daß in der nächsten Zeit an eine Reform noch nicht zu denken ist. Es dürften noch zehn Jahre darüber vergehen. Das sei jedoch kein Grund, die Hände in den Schoß zu legen. Sydow wendet sich gegen den in der „Leipziger Volkszeitung“ erhobenen Vorwurf, daß man nicht erst die Versicherten gefragt habe. Die Kommission hat einfach einen Auftrag der Wändener Jahresversammlung ausgeführt. Etwaige Einzelheiten über Ausbau usw. können nicht alle in den Entwurf der Kommission, der nur in großen Zügen den Weg zeigen sollte, aufgenommen werden. Redner bespricht die Mängelhaftigkeit der Unfallversicherung und schildert den Wert der Selbstverwaltung in den Krankenkassen an dem frischen Vorwärtsberichten auf sozialen Ausbau. Demgegenüber ist in den anderen Versicherungsarten Stillsand und engbezogener Bürokratismus. Sydow wendet sich scharf gegen die in der Presse gemachten Angriffe gegen die Petition des Zentralverbandes. Besonders die Verteilung der Lasten und Rechte wird in der „Vollständigen Zeitschrift“ und in der „Leipziger Volkszeitung“ angegriffen. Redner meint aber, daß die Beitragshalberung, die in der Petition gefordert wird, keineswegs auch die Halbierung der Rechte mit sich bringen müsse. Die offiziell immer mehr um sich greifende Vorstellung, daß die Rechte nur nach dem Geldsaß bemessen werden können, sei nicht richtig. Er verweist auf das Unfallversicherungs-gesetz und meint, daß doch auch die gesunden Knochen der Arbeit mit in die Rechnung zu stellen sind.

Während das Deutsche Reich Millionen und Abermillionen in den afrikanischen Sand steckt, will man für soziale Reformen nichts ausgeben. Wir fordern eine wirkliche Reform der Versicherungs-gesetzgebung. Die deutschen Arbeiter haben durch die 20 Jahre Selbstverwaltung nicht nur ein materielles, sondern auch ein ideales Recht erworben. Vor einem Bureaukraten, wie Willow es ist, beugen sich die Arbeiter nicht. Schließt Redner unter starkem Beifall der Versammlung seinen wirkungsvollen Vortrag.

Gräß-Frankfurt ist der Meinung, daß eine Verschmelzung der drei Versicherungsarten nur dann möglich sein wird, wenn sie in der Zahl der Versicherten einander näher gekommen sind. Auch müsse die Krankenversicherung erst einheitlich gestaltet werden. Auch die Kräfte hätten ein großes Interesse an der Selbstverwaltung; denn auch sie würden arg unter den Schritten kommen. Nach seiner Meinung hätte erst der Entwurf dem Dresdener Kongress unterbreitet werden sollen, ehe er als Petition dem Reichskongress unterbreitet wird.

Giesel-Düsseldorf führt eine Reihe von Fällen an, in denen schon jetzt das Selbstverwaltungsrecht in schlimmer Weise beeinträchtigt wird durch die Behörden.

Wendland-Magdeburg vergleicht den Entwurf der geschäftsführenden Kasse mit den Entwürfen von Düllmann, Freund usw.; er entspreche in keiner Weise dem, was man von einer wirklich vollständigen Versicherung erwarten kann. Redner macht einen anderen Vorschlag, der die Ausdringung der Mittel durch alle Bevölkerungsklassen und eine sehr weitgehende Ausdehnung der Leistungen vorseht. Er macht dem Entwurf der Petition den Vorwurf, daß er prinzipielle Forderungen außer acht läßt.

Fräßdorf entgegnet den Vordrednern Wendland, Giesel und Gress, daß die Kommission gar nicht so vermessend sei, zu behaupten, der Entwurf umfasse alle Einzelheiten. Das konnte er bei der großen Vielseitigkeit und der Verschiedenheit der Auffassung gar nicht.

Fißcher-Weimar weist scharf die gänzlich unmotivierten Angriffe zurück. Man könne es nicht allen Leuten recht machen. Redner weist scharf die Angriffe Willows, Magdons und Hendenbrands zurück, die Krankenkassenverbände benutzten die Kassennittel zu sozialdemokratischen Zwecken oder die Anstellung von Beamten erfolgt nur nach ihrer Parteizugehörigkeit zur Sozialdemokratie. Redner empfiehlt

ein Vorgehen gegen diese fortwährenden Verunglimpfungen in der Weise, wie es in Thüringen angewandt worden ist. Dort hat man Zirkulare an die Kassenvorstände versandt, worauf die Arbeitgeber in den Kassenvorständen aufgefordert werden, wenn sie können, Fälle anzugeben, in denen Mittel der Kasse zu sozialdemokratischen Zwecken verwendet werden oder die Anstellung nach der Parteizugehörigkeit erfolgt sei.

Siemanowsky-Berlin wendet sich gegen die Vorschläge Gräßs, der Arbeitgeber und Kräfte mobil machen wolle für die Selbstverwaltung. Er verpricht sich davon nichts, so lange es ihnen nicht selbst an den Krügen gehe.

Nachdem Wendland eine persönliche Kritik zurückgewiesen, nimmt Sydow das Schlußwort, worin er nochmals gegenüber den verschiedenen Kritiken den Entwurf der Kommission verteidigt. Er warnt besonders davor, den Kräfte noch einmal die Kasstanen aus dem Feuer zu holen, wie das bei der freien Kräftewahl der Fall war. Sie verstehen dann später immer etwas anderes darunter als wie die Arbeiter.

Fräßdorf ist der Meinung, daß, wenn eine Vorlage betr. Reform des Versicherungs-wesens vorliegt, ein Kongress von der Zentrale für das Krankenkassenwesen einberufen werden muß. Er wendet sich dann nochmals scharf gegen die Verleumdungen der Leute vom Schläge Magdons und verpricht, der Anregung Fißchers betr. Umfrage Folge leisten zu wollen.

Die Resolution Gunde, die mit dem Referenten und mit der Petition ihr Einverständnis erklärt, wird einstimmig angenommen.

Ueber den Schluß der Tagung meldet uns ein Privattelegramm:

Dresden, 8. August. Die Jahresversammlung der deutschen Ortskrankenkassen beschloß heute nach scharfer Debatte einstimmig, die Wändener Beschlüsse betr. der Beamten einer Revision zu unterziehen unter Mitwirkung der geschäftsführenden Kasse und der paritätischen Kommission. Als Ort der nächsten Tagung wurde Düsseldorf gewählt.

Der 16. Internationale Bergarbeiter-Kongress

trat am 7. August in Lüttich im städtischen Kasino Grottoh, Boulevard d'Avroy, zusammen. Seine Tagesordnung weist außer dem geschäftlichen Teil folgende Beratungsgegenstände auf: 1. Verkürzung der Arbeitszeit. 2. Frauen- und Kinderarbeit. 3. Gesetzliche Festlegung eines Minimallohnes. 4. Grubeninspektion. 5. Arbeiterversicherung. 6. Internationale Organisation. 7. Kundgebung zugunsten des Weltfriedens. — Zu jedem dieser Punkte liegen von den einzelnen Nationen Beschlüsse vor.

Gegen 10 1/2 Uhr eröffnet der Vorsitzende des Lokalkomitees Cabrot den Kongress und erteilt das Wort sogleich dem Vertreter der Stadt Lüttich, dem sozialistischen Gemeindevorstandmitglied Valérie Hénaux, der mit dem Ausdruck seiner lebhaftesten Freude und Sympathie den Bergarbeiterorganisationen den Saal übergibt. Lüttich habe anlässlich seiner Weltausstellung in diesem Jahre schon viele Kongresse gesehen, die von der Macht des Kapitalismus zeugten. Darum wisse er sich jetzt keine besseren Gäste für seine Heimatstadt als einen internationalen Bund von Arbeitern, zumal von Bergarbeitern, da Lüttich selbst ein Zentrum der Bergindustrie sei. Die Delegierten Europas und jetzt auch der neuen Welt würden hier von neuem die Forderungen der Bergarbeiter vertreten, die Forderungen auf einen größeren Anteil am Reichtum der Erde, die Forderungen auf ein Recht an Sonnenschein. (Lebhafte Beifall.) Koch sei vieles unerreicht, aber die Fortschritte der Bewegung zeigten doch, daß die Arbeiter auf dem rechten Wege seien, den sie sich mit den Worten gefaßt habe: „Die Arbeiter haben nichts zu verlieren als ihre Ketten, aber sie haben eine Welt zu gewinnen“, und „die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiterklasse sein.“ (Stürmischer Beifall.) Die Bergarbeiter seien, da sie die bewegende Kraft der ganzen Industrie darstellten, vielleicht eher in der Lage, ihre Sonderforderungen durchzusetzen; aber sie hätten höhere, allgemeinere Interessen. In dem Augenblick, wo zwischen Rußland und Japan noch ein blutiger Krieg wüte, wo Deutschland und Frankreich — um Marokkos willen! — sich drohende Klide zumürren, müßte die Arbeiterklasse, deren Kinder ja die Opfer jeden Krieges seien, für den Weltfrieden demonstrieren. Daß sie ein Werk des Friedens verrichteten, dazu übergebe die Stadt den Bergarbeitern diesen Saal. (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Vägeremeister und Magistrat von Lüttich laden die Kongress-Teilnehmer zu einem Empfang auf Donnerstagabend ins Stadthaus ein. Die Leitung der Weltausstellung läßt den Delegierten Eintrittskarten überreichen. (Lebhafte Beifall.)

Edwards (England), Vorsitzender des internationalen Komitees, spricht als Stadtrat einer englischen Stadt dem Vordredner, Stadtrat einer belgischen Stadt, gerührt seinen Dank für die ausgezeichnete Begrüßungsrede und die nur durch seine Lebenswichtigkeit ermöglichte Übergabe des Saales und Gewährung einer materiellen Beihilfe durch die Stadt Lüttich aus. Er erinnert daran, daß 1800 durch den Kongress von Jolimont zuerst seitens der Belgier die Initiative zur internationalen Organisation der Bergleute ergriffen worden sei, und schließt mit der Hoffnung, daß dieser Kongress ein neuer Antriebs sein werde, stärker an der Durchsetzung der Bergarbeiterforderungen zu arbeiten, die nun schon seit 15 Jahren reif seien. (Bravo!)

Reichstagsabg. Sasse (Deutschland) dankt der Stadt Lüttich um so wärmer für den freundlichen Empfang, als dergleichen in Deutschland nicht üblich sei. Dort hätten die Behörden, selbst wenn sie eingeladen würden, keine Zeit für Arbeiterkongresse. (Weiterkeit.) Redner dankt dann besonders den englischen Bergarbeiterorganisationen für ihre kräftige finanzielle Unterstützung während des jüngsten Streiks im Ruhrgebiet, auch den französischen und belgischen Kameraden für ihre Bereitwilligkeit zum Sympathiestreik. Dieser Kameradestreit habe das internationale Gefühl in Deutschland so gestärkt, daß der Ausbau der internationalen Beziehungen durch ein internationales Sekretariat allgemein ungesümm verlangt werde. (Bravo!)

Bergenet-Frankreich bedauert, daß seine Landsleute bisher zuviel Energie auf den Parlamentarismus verwandt und den wirtschaftlichen Kampf vernachlässigt hätten. Wenn aber dieses Geschick der Engländer im wirtschaftlichen Kampf mit der französischen Energie im politischen Kampf verbunden werde, sei die beste Hoffnung auf die Emancipation der Arbeiter gegeben. Seien auch die Engländer, die in jährlich wachsender Zahl zu den internationalen Kongressen kämen, ihr Vorbild, so begrüße er doch besonders warm die Deutschen, mit denen zusammenarbeitend sie jedes Andenken an den brudermörderischen Krieg auslöschen würden. (Beifall.)

Auch der belgische Delegierte Marville dankt der Stadt Lüttich für ihre tapfer demokratische Haltung. Im Sinne ausweitender Internationalität heiße er besonders die Bergarbeiter Amerikas willkommen. Belgien, das Land der längsten Arbeitszeit, der niedrigsten Löhne und höchsten Profite, sei leider ein schwacher Punkt in der internationalen Bergarbeiterbewegung. Der Fortschritt der belgischen Arbeiter werde aber auch ein Fortschritt für die gesamte Internationale sein. (Bravo!)

Goodins-Amerika (freudig begrüßt): Wir leben mit keiner Nation im Streit und umfassen sie alle mit gleicher Liebe. (Lebhafte Beifall.) Auch wir haben einsehen müssen, daß die größte Stärke der eigenen Organisation nicht genügt, daß Regierung und Parlament uns bessere Gesetze schaffen müssen. (Hört! hört!) Aber nur dann können die Gesetze wirklich nützlich für die Arbeiter ausfallen, wenn sie die Gesetzgebung unter ihre eigene Kontrolle bringen. (Bravo!) Und so lange ein Arbeiter um Lohn für einen Fremden

arbeitet, bekommt er nicht, was ihm zukommt. (Lebhafte Zustimmung.) Was auch dieser Kongress beschließt, er kann auf unsere Mitwirkung rechnen. Wir sind auch gern bereit, unseren Teil an den Kosten des internationalen Sekretariats zu tragen, denn wir wollen dauernd mit Euch Hand in Hand gehen. (Stürmischer Beifall.)

Auf dem Kongress vertreten sind: England mit 48 Delegierten und 577 500 organisierten Arbeitern.

Amerika mit 2 Delegierten und 350 000 Organisierten.

Deutschland mit 7 Delegierten und 540 000 Bergarbeitern (davon 130 000 im „Verband“).

Belgien mit 23 Delegierten und 134 000.

Frankreich mit 7 Delegierten und 160 000 Bergarbeitern.

Für die diesmal nicht tretende österreichische Union der Bergarbeiter hat der Vorsitzende Ebert ein Begrüßungs-Telegramm geschickt.

Darauf konstituiert der Kongress sich, seine Abteilungen und Kommissionen und verlag die Weiterberatung auf Dienstag 10 Uhr.

Aus der Partei.

Ueber die Waisener verhandelte vor einigen Tagen eine Mitglieberversammlung des ersten hamburgischen Wahlkreises. Die Meinungen waren sehr geteilt. Wir greifen aus der Diskussion zwei charakteristische Darlegungen heraus. So lte sagte nach dem Bericht des „Hamburger Echo“:

Die Erörterung der Waisenerfrage ist besonders heikel. Für mich speziell noch deshalb, weil ich bereits einmal im Jahre 1897 auf dem Parteitag in Hamburg die Befreiung der Arbeitsruhe befragt habe. Die Voraussetzungen, von denen ich damals ausging, sind heute ja glücklicherweise nicht mehr vorhanden. Die Arbeitsruhe, die damals zurzeit der wirtschaftlichen Depression direkt abgenommen hatte, ist heute erfreulicherweise bereits sehr viel weiter ausgedehnt. Aber legen wir einmal die Hand aufs Herz: Zufrieden kann niemand mit den Ergebnissen sein. Wenn wir auch in Hamburg und der unmittelbaren Umgebung, wie in den Großstädten überhaupt, die Beteiligung an der Arbeitsruhe haben besser werden sehen, in weiten Gebieten ist noch gar nichts davon zu spüren. Selbst hier hat es schwere Kämpfe gekostet. Erst sperrte das hiesige Unternehmertum 10 Tage aus, dann weniger und heute sind die meisten Unternehmer schon so erzoogen, daß sie trotz aller Beschlüsse unter sich die Arbeiter höchstens einen Tag länger feiern lassen. Aber für absolute Arbeitsruhe könnte niemand die Verantwortung übernehmen. Wir können die Sache nicht über die Kräfte brechen, wie Häbner will. Die Haltung der Gewerkschaftsführer ist darum gar nicht so unverständlich, und schon Meier wies auf den Ausspruch Bringmanns hin, welcher Konfliktstoff in der Forderung der Arbeitsruhe den Unternehmern häufig so gelegen geboten ist. Ja habe mich manchmal sehr bedrückt gefühlt, wenn ich die geringe Beteiligung beobachtete. Die Gewerkschaftsbewegung hat erzieherisch Großes geleistet. Sie hat die Arbeiter gelehrt, nicht nur dem Gefühl zu folgen, sondern auch ausichtslose Kämpfe rechtzeitig abubrechen, und in der Waisenerfrage wäre ein Stück keine Schande. Was war denn der ursprüngliche Zweck des Pariser Beschlusses von 1889? Es sollte nur ein einmaliger Appell an die herrschenden Klassen gerichtet werden. Die Wiederholung war nur der Wunsch nach Verjährung der, das erste Mal so unbedingenden Ergebnisse. Ich wünsche nichts schuldlicher, als Einheitslichkeit in der Waisenerfrage.

Eruewaldt: Die Demonstration am 1. Mai kann gar nicht anders gefaltet werden, als durch die Arbeitsruhe. Wer glaubt die Abendveranstaltungen noch nennenswerten Besuch haben werden? Zum so und so vielen Male die gleiche Rede zu hören, bekommt man schließlich niemand mehr in die Versammlungen. Und welcher agitatorische Wert liegt allein schon in der alljährlichen Diskussion über die Arbeitsruhe in den kleinen Versammlungen auf Arbeitstagen usw. Gewiß können wir nicht mit dem Kopfe durch die Wand rennen, aber die Arbeitsruhe ganz ausgeben, heißt die Waisener überhaupt abschaffen. (Sehr richtig!) Wenn die Dreier in den Gewerkschaften sich die Sache ehrlich überlegen würden, müßten sie das auch ohne weiteres einsehen. Aber ein großer Teil von diesen kümmert sich überhaupt nicht um die öffentlichen Angelegenheiten im Parteileben. Er habe in Köln viele sogenannte Gewerkschaftsgrößen aus Hamburg zum erstenmal gesehen. Hier in Hamburg höre und sehe man nichts von ihnen. Auch er hoffe, daß der Parteitag die Aufrechterhaltung der Arbeitsruhe beschließen werde.

Die Diskussion wurde vertagt.

Für den dritten sächsisch-holsteinischen Reichstagswahlkreis hat die Kreisversammlung die Schaffung eines Zentralvereins beschlossen, der am 1. Januar 1906 seine Tätigkeit beginnen wird.

Im Wandfelder Kreise fand am Sonntag zum erstenmal eine öffentliche Kreisversammlung statt, während sich die Genossen früher mit privaten Zusammenkünften begnügen mußten. Es wurde ein zwar langsamer, aber stetiger Fortschritt in der Organisation konstatiert. Die Einnahmen des Kreises betragen 580 M. Die Verhandlungen drehten sich in der Hauptsache um die Ausgestaltung der Organisation und die Pflege der Agitation.

Zum Organisationsstatut beantragen die Genossen des ersten sächsischen Wahlkreises, daß die Wahlkreise nur zur Wsührung von 10 Proz. ihrer Einnahmen an den Parteivorstand verpflichtet werden sollen und daß die Reichstagsfraktion auf dem Parteitage nur durch eine Delegation vertreten sein soll.

Die Genossen des Wahlkreises Hanau wünschen den Beitrag der Wahlkreise auf 15 Proz. festgesetzt zu sehen. Die Reichstagsfraktion soll zwar in ihrer Vertretung auf dem Parteitage nicht beschränkt werden, aber es soll ihren Mitgliedern, soweit sie nicht Delegierte von Wahlkreisen sind, nur beratende, nicht beschließende Stimme zustehen.

Die Kreisversammlung für Hanau nahm zum Parteitage noch folgende Anträge an:

- 1. Den Parteivorstand zu beauftragen, baldmöglichst ein Flugblatt für die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Deutschlands herauszugeben, in welchem auf die Tätigkeit der sozialdemokratischen Fraktion für die Forderungen der Gewerkschaften hingewiesen wird.
- 2. Den Parteivorstand zu beauftragen, sobald der Entwurf zur Abänderung des Krankenversicherungs-Gesetzes erscheint, eine planmäßige allgemeine Agitation in dieser Sache zu veranlassen.

Soziales.

Berliner Kaufmannsgericht.

Patente Patentanwälte. Zwei kaufmännische Bureauangestellte klagten gegen das Patentanwalts-Bureau der Firma Karl Pieper wegen vorzeitiger Entlassung infolge Nichterhaltung der geschäftlichen Kündigungsfrist und des daraus erwachsenden Schadenersatzanspruches. Der Vertreter des Beklagten bestritt nun vor allem die Zuständigkeit des Kaufmannsgerichts und brachte zur Begründung seiner Ansicht ein geradezu hässliches Anmaß von Einwänden vor, dessen Prüfung und Klärung das Gericht stundenlang beschäftigte. So stellte er in Abrede, daß die Kläger irgend eine kaufmännische Arbeit verrichtet hätten; sie seien vielmehr einfach als Schreiber tätig gewesen. Als solche seien sie auch ohne Kündigung gegen ein Monatsgehalt von 150 M. engagiert worden.

Briefkasten der Redaktion.

E. R. 10. Fürsorgestellen für Säuglinge: Blumenstraße 78, Elbfisch 27, Arminiusplatz (Maxthallengebäude), Luisenufer 35. Sprechzeit überall 2-3 Uhr. (Auschnitten, aufbewahren!)

Juristischer Teil.

M. W. 1. Ob Ihre Unfallrente zutreffend festgesetzt ist, ist ohne Einsicht in die Papiere und Darlegung, ob die in den Bescheiden angeführten Unter-

lagen zutreffen, nicht zu beantworten. 2. Sie können jeglichen Beruf erlernen; das hat auf die Unfallrente keinen Einfluss. - H. Bayern. Militärpapiere, Geburtsurkunde und Berechtigungsnachweis Ihrer Heimat-

legen zwei Jahre. Wegen Unterlassens des Lebens für die frühere Zeit ist die Arbeitgeberin eventuell schadenschuldig. - C. S. 17. Weder Erpressung noch Betrug liegt vor. Sie haben Anspruch auf einen angemessenen Preis, der sich kaum auf mehr als angeboten belaufen dürfte.

Über den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, den 9. August. Anfang 7 1/2 Uhr: Neues königl. Operntheater. Die Bohème.

Anfang 8 Uhr: Festung. Ein Volksfest. Neues. Des Pastors Rieke. Zentral. Die Gescha.

Schiller O. (Wagner-Theater.) Die Amerikaner. Schiller N. (Friedrich Wilhelmstädtisches Theater). Geschlossen.

Thalia. Amor in den Höl. Carl Weiß. Lehmanns Abenteuer. Welle-Alliance. Ben Ali Bey.

Thalia. Ein Abend in einem amerikanischen Tengel-Tempel. Am Hochzeitsabend. - Spezialitäten.

Metropol. Die Herren von Maxim. Herrfeld. Die Meyerhains.

Berliner Prater-Theater. Dorn's Resi. Anf. 4 1/2 Uhr. Stadt-Theater Moabit. Ritter Gräber.

Reichshallen. Stettiner Sänger. Urania. Tautentstraße 48/49. Die Insel Rügen.

Invalidenstr. 57/62. Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

Neues kgl. Opern-Theater.

Anfang (Kroll.) 7 1/2 Uhr. Die Bohème. Oper in 4 Akten von G. Bucchini.

Donnerstag: Gastsp. Théo Doré und Aomy Hindermann. Der Troubadour. Freitag: Gastspiel Théo Doré: Carmen.

Kleines Theater

Anfang 8 Uhr. Des Pastors Rieke. Donnerstag: Angolo. - Abschied vom Regiment. Freitag: Nachtschl. Sonnabend, Sonntag: Angolo. - Abschied vom Regiment.

Lustspielhaus.

Täglich 8 1/2 Uhr: Der Herr Substitut. Der dankbare Julien.

Passage-Theater.

Anfang der Abendvorst. 8 Uhr, nachm. Sonnt. 3, Wochent. 5 Uhr. Madame du Dion!

Fernande Robertine in dem Nino-Druma. "Die Hand". 14 sensationelle Nummern. Neu eingeführt: Numerierte Plätze.

Metropol-Theater

Bender x Giampietro Massary x Frid Frid. Zum 276. Male:

Die Herren von Maxim.

Große Ausstattungssposse mit Gesang und Ballett in 5 Bildern. Rauchen gestattet. Anf. 8 Uhr.

Apollo-Theater.

Die Sensation Berlin ist: 10 Uhr: Ein Abend in einem amerikanischen Tengel-Tempel, ausgeführt von der berühmten amerikanischen Burlesk-Kompanie.

Dazu Hochzeitsabend von P. Lincke und die August-Spezialitäten.

Elysium

Landsberger Allee 40/41. Heute sowie täglich: 88792

Harburger Sängerkorps sowie Familienkaffeechen. Anfang 7 Uhr. Entree frei.

Urania

Tautentstr. 48/49. 8 Uhr: Die Insel Rügen. Sternwarte Invalidenstr. 57/62.

P. CASTAN'S PANOPTICUM.

Friedrichstr. 165. Neu!! Der Matroso Matuschenko vom Panzer „Kajäs Potemkin“, der Pope Gapon! Maxim Gorki!

Carl Weiß-Theater.

Gr. Frankfurterstr. 132. Letzte Aufführung: Lehmanns Abenteuer auf dem russ.-jap. Kriegsschauplatz. Anfang 8 Uhr.

Morgen zum erstenmal: Robbit! Im Hause der Sünde, oder: Der schwarze Tropfen. Schauspiel in 4 Akten von H. Braun.

Im Sommergarten: Gr. Kinderfest. Unter Belle (Max Bräuner) leitet die Spiele. Aufsteigen eines Ballon Kapitän. Dazu das Nielsen-August-Programm. Anfang 5 Uhr.

Gebürder Herrnfeld-Theater.

Zum 108. Male: Die Meyerhains. Komödie in 3 Akten mit den Autoren Anton und Donat Herrnfeld in den Hauptrollen.

Anfang 8 Uhr. Vorverkauf 11-2 Uhr. Vor der Vorstellung und während der Pausen: Promenaden-Konzert im Garten.

Bernhard Rose-Theater

Gesundbrunnen, Radstraße 58. Heute Mittwoch, den 9. August 1905: Große Extra-Benefiz-Vorstellung für den beliebten Komiker Paul Coradini.

Das vollständig neue August-Spezialitäten-Programm sowie präfl. 8 Uhr: Die Loreley. Nach der Vorstellung: Gr. Benefiz-Ball. Preis der Plätze: Dreifelderplatz 75 Pf., Sperrsit. 60 u. 50 Pf., Entree 30 Pf.

Etablissement Buggenhagen

Moritzplatz. Täglich im großen schattigen Garten: Streich-Konzert. Ricardo Munez. Bei ungünstigem Wetter im Saal.

Ostbahn-Park.

Am Küstnerplatz, Rüdersdorferstr. 71. Hermann Imbs. Täglich: Gr. Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung.

Wochentags: Entree 15 Pf., wofür ein Glas Bier verabreicht wird, also kein Entree.

Victoria-Brauerei

Lützowstr. 111/112. Täglich: Horst's Sängerkorps. Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr. Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, Sonntag: Tanz.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wagner-Theater). Mittwoch, abends 8 Uhr: Popul. Operngesellschaft bei halb. Preisen: Die Amerikaner. Or. Oper in 5 Akten v. G. Meyerbeer.

Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr: Letztes Gastspiel Heinrich Büttel. Der Postillon von Lonjumeau.

Max Kliems Sommer-Theater

Hasenheide 13-15. Täglich: Gr. Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung. Jeden Donnerstag: Elite-Tag.

Herrnsprecher IV. 8891. Max Kliem.

Diez' Spezialitäten-Theater.

Landsberger Allee 76/79, direkt an der Ringbahnstation. Ob schön! Täglich Ob Regen! Im herrlichen Garten oder Saal: Konzert und Vorstellung. Vollständig neues Programm, das größte und beste Berlins.

40 Sensations-Nummern. Entree Wochentags 20 Pf., Sonntags 30 Pf. Jeder Erwachsene hat ein Kind unter 10 Jahren frei, ältere zahlen halben Eintrittspreis.

Diez' Seeterrasse, Lichtenberg

Röderstr. 6. Jeden Sonntag, Dienstag u. Freitag: Großes Militär-Konzert. Noch nie dagewesen! Auftreten des phänomenalen Meisterschiffers Alfred Schneider mit seinem konkurrenzlosen Feuer-Flammen-Todes-Hindernissprung. Um 6 1/2, und 10 Uhr: Auftreten der weltberühmten Tormooskünstler „The Liepelt's".

Brillant-Land- u. Wasser-Feuerwerk. Größt. Spezialitäten, Theater u. Ball. Wochentags 10 Pf.

Hasenheide 108/114 Neue Welt Arnold Scholz.

Mittwoch, den 9. August 1905: Großes Ernte-Dank-fest verbunden mit Erntefestzug, Bonbonregen, Fackelpolonaise und Gratisverlosung wertvoller Geschenke. Hauptgewinne: Goldene Damen- und Herren-Uhren.

Promenaden-Konzert der 40 Mann starken Hauskapelle. Dir. Berthold Bothe. Anf. 4 Uhr. Das täglich neue August-Programm. Entree 15 Pf. Morgens Donnerstag: Elite-Tag. Militär-Konzert, Feuerwerk. Freitag, den 11. August: Palm's Monster-Kaiser-Feuerwerk.

Schweizer-Garten.

Am Königstor. Am Friedrichshain. Heute: Kinder-Freudenfest. 5 Uhr: Gratisverlosung. Hauptgewinne für Knaben und Mädchen. Unter Belle zu Werde. Abends 10 Uhr: Fackelzug. Darauf: Arbeit schändet nicht. Volksfest mit Gesang in 3 Abteilungen. Konzert, Spezialitäten, Ball, Belustigungen allerlei.

Reichshallen.

Von nun an wieder täglich: Stettiner Sänger. Anfang: Wochentags 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr.

Otto Pritzkows Berliner Abnormitäten-Theater

Münzstr. 16. Neu! MIB Salamanda, Neu! die berühmte Feuerfusslerin, zum erstenmal in Berlin. Mr. Daimond, Jambertänzer. Hne-Hno-Mal ???

Paul Schwarz' Sommer-Theater

Lichtenberg, Dorfstr. 25/26. Täglich: Konzert. Große Spezialitäten-Vorstellung. Das großart. August-Programm. Anfang 5 Uhr. Jeden Mittwoch: Elite-Tag.

ZOOLOGISCHER GARTEN

Täglich nachmittags ab 5 Uhr: Militär-Doppel-Konzert. Eintrittspreis 1 M.; ab 6 Uhr 50 Pf. Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

W. Noacks Theater.

Direktion: Rob. Dill. Braunerstr. 16. Täglich (bei schönem Wetter im Saal): Konzert, Theater, Spezialitäten. Ehrlos. Volksfest mit Gesang aus dem Verl. Leben v. Müller. Anfang: Sonnt. 5, Wochent. 6 Uhr. Entree 30 Pf. Ball.

Prater-Theater

Kastanien-Allee 7-9. Heute: Dorn's Resi. Lebensbild in 3 Akten. Neue Dekorationen und Kostüme. Fred Seylon mit seinen vier Vären. Anfang 4 1/2 Uhr. Eintritt 30 Pf. Nummerierter Platz 50 Pf.

Fröbels Allerlei-Theater

Schönhauser Allee Nr. 148. Täglich: Konzert, Spezialitäten. Die größte Sensation Berlins: Die Todesfahrt im Höllentempel von der Radfahr-Comp. Racing. Großer Tanz. Rasseclische. Anf. 4 Uhr. Entree 30, Sperrsit. 50 Pf.

Sanssouci

Kottbuserstr. 4a. Stat. der Hochbahn. Direktion: Wilhelm Reimer. Jeden Montag, Donnerstag, Sonntag: Hoffmanns Norddeutsche Sängerkorps.

Fellow-Zigaretten

zur gefl. Kenntnisnahme, daß wir mit der Dresdener Streikbewegung nichts zu tun haben. Wir bringen unsere vorzüglichen Fellow-Zigaretten, die in allen Preislagen, sowohl mit als ohne Rundstift und in allen Spezial-Geschäften zu haben sind, in empfehlende Erinnerung.

Schwenninger Jockele-Uhren

mit fein geschliffenen Schildern verende von heute an die Uhr für 1,10 M., 7 Uhren (ein Postoll) für 7,20 M. 201/7*

Kukuk-Uhren

mit Schlagwerk und Ausdauer für 5 M. pro Uhr, inkl. Verpackung. Für jede Uhr gebe ich 1 Jahr Garantie.

Jacob Stähle, Schwenningen - Schwarzwald.

Lieben Sie Ihre Wäsche?

Wollen Sie Ihre Wäsche dauerhaft, gut und blendend weiß erhalten? Dann verwenden Sie Schneewittchen-Bleichseifenpulver!

Kleiner Fabrikant A. Grabitz, Potsdam. Vertreter für Berlin und Provinz: R. Nürnberg, Berlin NW. 62, Spenerstr. 20.

Sozialdemokratischer Wahlverein

für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis. Todes-Anzeige. Am 6. d. Mts. verstarb unser Mitglied, der Maler Emil Jungnick Wollmerstr. 21.

Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet heute Mittwoch, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Hans-Strichhofes im Nieder-Schönhausen aus statt. Um zahlreiche Beteiligung ersucht 248/13 Der Vorstand.

Verband der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter u. Arbeiterinnen Deutschlands.

Zahlstelle II Berlin. Am 6. August verstarb nach schwerem Leiden unser Mitglied Otto Lukas im vollendeten 31. Lebensjahre. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren. Die Beerdigung findet am 9. August, nachmittags 4 Uhr, vom Trauerhause Friedrichstraße, Luisenstr. 21, aus statt. 96/10 Um rege Beteiligung bittet Die Ortsverwaltung Berlin II.

Am Sonntag, den 6. August, verschied nach längerem Leiden unser Kollege und Mitarbeiter Otto Lukas im 31. Lebensjahre. Die Beerdigung findet am 9. August, nachmittags 4 Uhr, vom Trauerhause Friedrichstraße, Luisenstr. 21, aus statt. 5735 Ein ehrendes Andenken wird ihm stets bewahrt. Das Personal der „National-Zig.“

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Todes-Anzeige. Den Mitglidern zur Nachricht, daß der Kollege, Stodarbeiter Adolf Martin verstorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 9. August, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Elisabeth-Strichhofes in der Pringel-Allee aus statt. Um rege Beteiligung ersucht 90/3 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Den Mitglidern zur Nachricht, daß der Kollege, Möbelpolierer Max Schnetter am Sonnabend, den 5. August, verstorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet heute Mittwoch, den 9. August, nachmittags 1 1/2 Uhr, von der Leichenhalle der Charlö aus nach dem Charité-Strichhofe statt. Um rege Beteiligung ersucht 90/2 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin. Todes-Anzeige. Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Rohrlieger Wilhelm Scholz am 6. d. M. gestorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 9. August, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Johannis-Strichhofes in Köpenick aus statt. Rege Beteiligung erwartet 121/10 Die Ortsverwaltung.

Von der Reise zurück

23/9 Dr. Eduard Flatow, Gr. Frankfurterstr. 53.

Ich bin von der Reise zurückgekehrt. 23/9 Gertrud Rewald, Prinzenstr. 68.

Prinzenstr. 41, Spezialarzt für 21/10* Haut- und Harnleiden. 10-2, 5-7. Sonntag 10-12, 2-4

Parteigenossen! Heute Mittwoch ist Zahlabend in Berlin und den Vororten!

Die Eisenbahnkatastrophe bei Spremberg.

Die erschütternde Kunde von dem furchtbaren Eisenbahnunglück, das sich am Montag nachmittag in der Nähe von Spremberg ereignet hat, gelangte erst in später Nachtstunde nach Berlin. Inzwischen hat sich der Öffentlichkeit eine wachsende Erregung bemächtigt, die durch das merkwürdige Schweigen der Eisenbahnverwaltung über die Ursache und den Umfang der Katastrophe hervorgerufen und erhöht wird. Nach mehr als 24 Stunden liegt noch keine vollständige amtliche Feststellung der Zahl der Opfer vor. Hier wiederholt sich das Spiel der Bureaupresse, das bei ähnlichen traurigen Anlässen mit Recht zu leidenschaftlichen Anklagen gegen bürokratische Rücksichtslosigkeit geführt hat. Nach privaten Meldungen wurden bei dem Zusammenstoß der beiden Schnellzüge 18 Personen getötet, 6 schwer verletzt.

Die entsetzliche Katastrophe, die die gesamte Bevölkerung mit Trauer und Grauen erfüllt, scheint demnach im Eisenbahnministerium als eine „innere Verwaltungsangelegenheit“ betrachtet zu werden. Die preussische Verwaltungskunst offenbart sich durch Schweigen. Die Berliner Direktionsstellen erklären, daß nach einer Verfügung des Ministers in diesem Falle nur die „zuständige“ Direktionsstelle Halle Auskunft geben darf. Im Eisenbahnministerium wird erklärt, man wisse dort selbst nichts. Man hege nur Vermutungen! Doch die Kritik erlarre. Der Minister hat zwei Kommissare an die Unglücksstätte gesandt, um Bericht über das Unglück zu erhalten. Man will die Aufklärung über die Ursache der Katastrophe offensichtlich verzögern, man wird sie aber nicht unterdrücken können. Die Schuld der für das Unglück Verantwortlichen wird durch dieses Verfahren nicht geringer, es enthält im Gegenteil vielleicht schon das Eingeständnis der Schuld selbst. So wird berichtet, daß wahrscheinlich ein Stationsbeamter in Spremberg den Zusammenstoß verschuldet, da er dem Berliner Zug Ausfahrt gab, bevor der Görlitzer Zug eingelaufen war. Möglicherweise dieser Beamte diesen Fehler, der die furchtbaren Folgen nach sich zog, begangen hat, doch die volle Verantwortung für diese Katastrophe trägt die Eisenbahnverwaltung, sie trifft die Schuld, gegen sie muß die Anklage erhoben werden. Eine der verkehrstechnischen Strecken, auf der zahlreiche Schnellzüge mit einem diffizilen Fahrplan verkehren, wurde eingeleitet betrieben.

Dieses schwere Eisenbahnunglück ist das Ergebnis des kapitalistischen und kapitalistischen Systems, das die Eisenbahnverwaltung beherrscht. In erschreckender Weise haben sich seit langer Zeit die Eisenbahnunfälle gemehrt. Es waren nicht unabweisbare Katastrophen, die Massen von Menschenleben und Gesundheit vernichtet haben. Die Eisenbahnverwaltung ist von den nachteiligen kapitalistischen Maximen durchdrungen. Der Gleisbau, der auch auf der Unglücksstrecke eine schreiende Notwendigkeit war, wird bis zur letzten Betriebsmöglichkeit verzögert. Nur einen zwingenden Grund zum Ausbau kennt die Verwaltung: die Gefährdung der Rentabilität. Der Kapitalismus, hier vertreten durch die Eisenbahnverwaltung, wird zum Verkehrshindernis, zur öffentlichen Gefahr. Die meisten Eisenbahnunfälle werden auf den mangelhaften Streckenausbau, auf mangelndes Personal und dessen Ueberbürdung zurückgeführt werden müssen.

Die armen Beamten, die als Sündenböcke in die Wüste gejagt zu werden pflegen, sind wohlthätig nicht die Schuldigen.

Es werden folgende Einzelheiten über das Unglück gemeldet: Der fahrplanmäßig um 8 Uhr 20 Minuten nachmittags vom Görlitzer Bahnhof abgefahrte Schnellzug Nr. 113 war ziemlich stark besetzt und namentlich zahlreich waren die Fahrgäste der ersten und zweiten Wagenklasse. Um 5 Uhr 30 Minuten traf der Zug in Spremberg ein, wofür er dem Nachzug zu dem Schnellzug Nr. 112, Richtung Berlin, begegnen mußte. Der Nachzug war in den letzten Tagen, so auch gestern mäßig besetzt, hatte aber trotzdem eine geringe Verspätung erlitten. Nun hätte der Schnellzug 113 in Spremberg das Eintreffen des Gegenzuges erwarten müssen, weil die Strecke bis Görlitz nur einseitig ist. Durch ein Versehen, wie behauptet wird, seitens des Stationsvorstehers erließ der Schnellzug Ausfahrt und befand sich bei erhöhter Fahrgeschwindigkeit, 1900 Meter hinter der Station, in der Nähe der Bahnwärterhütte 7, als der fehlende Nachzug auf dem Gleise herangebraust kam. Unglücklicherweise beschrieb die Bahnstrecke an jener Stelle eine starke Kurve, so daß das Lokomotivpersonal die drohende Gefahr erst zu erkennen vermochte, als die beiden Züge auf eine Entfernung von kaum 150 Metern sich der Stelle genähert hatten. Mit unheimlicher Geschwindigkeit sausen die Schnellzüge aufeinander. Ein donnerähnliches Krachen erfüllte die Luft, dann folgte ein Augenblick Totenstille. In der nächsten Minute ertönte das Schreien der Bewunderten, die unter den Trümmern der Züge begraben waren. Die beiden Lokomotiven hatten sich buchstäblich in einander gehockt, waren von dem Bahndamm hinuntergestürzt und bildeten eine einzige unentwirrbare Trümmermasse. Die nachfolgenden Gepäckwagen waren zerpflegt, die Wägen derselben waren teils zertrümmert, teils wie Meil verbogen. Der erste Personenzug zweiter Klasse des von Berlin kommenden Schnellzuges hatte sich auf die Trümmer des Gepäckwagens geschoben, der zweite Personenzug erster und zweiter Klasse war in den Waggons buchstäblich hineingeschoben. So daß die Insassen der beiden Waggons zum größten Teil zermalmt waren. Die nachfolgenden Waggons zeigten weniger starke Beschädigungen. Diejenigen der dritten Klasse wurden durch den Zusammenstoß weniger berührt. Bei dem Zuge 112 waren die ersten drei Waggons zertrümmert worden, jedoch befanden sich in diesen nur zwei Fahrgäste, die mit Knochenbrüchen davonkamen.

Der Bahnwärter der Hütte 7 gab sofort Drahtnachricht von der Katastrophe nach Spremberg und Kottbus, von wo letzterem Ort sofort der Rettungszug abgefahren wurde. Die Rettungsarbeiten gestalteten sich außerordentlich schwierig. Eisen- und Holzsplitter hatten sich derartig ineinander geschoben, daß die Toten und Verwundeten mit Keilen aus den Trümmern herausgehoben werden mußten. Bis Dienstag morgen gegen 7 Uhr waren 17 Tote und 14 Schwerverwundete geborgen. Die zahlreichen Leichtverletzten begaben sich zum größten Teil zu Fuß nach Spremberg, wo ihnen Notverbände angelegt wurden. Für die Schwerverwundeten wurde an der Unglücksstelle ein Verbandplatz angelegt und vier Kratze hatten reichlich zu tun, ihnen die erste Hilfe angedeihen zu lassen. Von dem Maschinenpersonal dürften drei Mann getötet worden sein. Die heute morgen konnte nur der Zugführer und Heizer von dem Schnellzuge 113 befreit werden. Der Zugführer, der in Johannisthal wohnt, verheiratet und Vater von fünf unmündigen Kindern sein soll, war tot. Der Bremser wurde am ganzen Körper verbrannt, aber noch lebend nach Kottbus geschafft. Das Personal der Maschine 112 liegt noch unter den Trümmern.

Ein Augenzeuge des Zusammenstoßes, der selbst unverletzt geblieben ist, schildert der „Deutschen Tageszeitung“ die Katastrophe wie folgt:

Unter Nachzug Hirschberg-Berlin, der genau wie der überfüllte Vorgänger mit der Geschwindigkeit der Fahrplanangabe dem Vorgänger zu folgen hatte, verließ nach kurzem Aufenthalt die Station Weitz, um die kleine Station Schwide passiert. Der Avo hatte

glücklicherweise von Begium seiner Fahrt an wenig Reisende, da so viel als möglich der Vorzug bereits mitgenommen hatte. Durch diesen Umstand sind die Verluste in diesem Zuge gering geblieben. Der Zug Hirschberg-Berlin dagegen scheint ziemlich stark besetzt gewesen zu sein, so daß auf ihn ziemlich bedeutende Verluste entfallen. Kurz hinter Schwide in die große Kurve zwischen Schwide und Spremberg einbiegend, welche mitten im Walde liegend dem Maschinenführer nur eine beschränkte Aussicht gestattet, gab es auf einmal in unserem Bogen einen gewaltigen Knall, der mich und meine einzige Reisegefährtin von den Sigen, unsere Koffer und Taschen aus ihren Lagen schleuderte; unser Wagen sprang wie ein widerwillig galoppierendes Pferd unter scharfem Stößen und Schleiern noch kurze Zeit hin und her. Da — noch ein kurzer, scharfer Stoß, begleitet von einem furchtbaren Schlägen, Drehen, Splittern, Klängen und Springen — stand auf einmal unser Wagen etwas aufgebäumt und etwas auf die rechte Seite geneigt still. Es verging wohl eine Minute, ehe es mir gelang, eine der festgestellten Türen durch Fußtritt zu öffnen und mit und meiner Begleiterin einen Weg ins Freie zu bahnen. Unser Wagen stand halb über den Schienen, halb mit den rechten Hinterrädern in dem Kies der Böschung des zirka einen Meter hohen Damms eingewühlt. Vor uns, rechts und links, bot sich uns ein nie geglaubtes, grauenhaftes Bild der Verwüstung dar. Kurz rechts vor uns lag die Maschine 445 des Gegenzuges, geführt von dem braven Maschinenführer Krug aus Kottbus, der vorausichtlich seine treue Pflichterfüllung angeht des Todes mit dem Leben bezahlet wird. Die Maschine war umgeworfen, tief eingewühlt; ihrem Kessel entströmte heißer Dampf und Wasser mit brausendem Geräusch, zunächst jede andere Stimme überhörend und die rechte Zugseite im Dampf hüllend. Auf den Trümmern seiner Maschine fanden wir den genannten Führer regungslos liegen mit blutüberströmten und gebrochenen Gliedern. Nach langer Zeit und unter unglücklicher Mühe gelang es uns, den Schwerverletzten auf einer inzwischen herausgeholteten Schleppe, welche langsam und unter großen Schmerzen unter seinem gebrochenen Körper hindurch gezogen wurde, auf die ziemlich ebene Fläche der Seitenwand des umgestürzten Tendlers zu heben und ihm auf Kleidungsstücke eine leidlich bequeme Lage herzustellen, ihn durch Juden mit Lächern und übergehaltenen Regenschirmen vor dem herabrieselnden Regen zu schützen. Später ist er unter ärztlicher Leitung aus seiner zirka 2,50 Meter über dem Damm befindlichen Lage heruntergeholt worden. Links davon, auf der anderen Seite des Zuges, lag unter Trümmern von Maschinen, Packwagen und allen nur denkbaren Trümmerstücken, auf dem umgestürzten Verdeck eines Packwagens und zwischen diesem und Maschinenteilen fest eingewühlt, anscheinend der Maschinenführer des ersten Zuges, dem ersten Anseher nach nur wenig verletzt, aber so fest von den Trümmern umhospomen, daß er kein Glied rühren konnte, und das um Hälfte. Mittels der Kohlenhaufel der einen Maschine wurde zunächst der vor ihm liegende schwere Schornstein dieser Maschine sowie ein Bordwärmer untergraben, um sie beiseite schieben zu können, und nun konnte an das Untergraben und Befreien des Verletzten herangegangen werden, was auch dem Personal mittels des Windehebers der Maschine nach kurzer Zeit gelang, so daß auch dieser doch immerhin stark Verletzte in ebene Lage unter den Bäumen niedergelegt werden konnte.

Noch grauenhafter aber sah es in den zusammengefahrenen Wagen der beiden Züge aus. Die beiden Packwagen und die dahinter laufenden beiden Personenwagen waren glatt ineinander geschoben und getrieben worden. Der eine Wagen 2. Klasse war ziemlich in halber bis vierter Höhe in wogerechter Richtung abgesehen worden, aus ihm hing wie eine leblose Puppe der Leichnam einer dem Ansehen nach noch jungen hellblonden Frau, welche mit dem Oberkörper fest eingeklemmt war, während der ganze Unterkörper über den Wagenrand hinaus in der Luft schwebte; eine Keilung war noch das leise Bimmern eines Kindes zu hören. Ueber diesen Wagen hinweg, hoch in der Luft, ca. 4 Meter über dem Damm schwebend, stand der zertrümmerte Wagen 2. Klasse des Gegenzuges, aus dem das Weinen eines Kindes herabtrönte, dem aber vorläufig keine Hilfe gebracht werden konnte. Im übrigen in diesen beiden Wagen das Schweigen des Todes!

Die Opfer.

Private Meldungen geben folgende Liste der Opfer: Getötet wurden:

- Oberleutnant a. D. Wilhelm Chretius aus Berlin, Augsburgersstraße 24; Justizrat Rodau aus Görlitz mit Frau und Sohn; Arzt Dr. Albert Reiche aus Landeshut und Frau; Graf Heinrich Velas von Plauen aus Jänkendorf (Oberlausitz), Sohn des Prinzen Heinrich XXVI. von Ruß j. S. Herr Gröning aus Görlitz, 60 Jahre alt; eine noch unbekannt 50jährige Dame; ein unbekannter Knabe von etwa 10 Jahren; Lokomotivführer Seidel aus Kottbus; Heizer Walter aus Kottbus; Häufschaffner Rodau aus Kottbus.

Schwer verletzt:

- Hildegard Rodau aus Görlitz (deren Eltern getötet wurden), Lokomotivführer Krug aus Kottbus; Heizer Fröbe aus Kottbus; Schaffner Hager aus Kottbus; Packmeister Scheffer aus Hirschberg.

Die Namen der weiteren Opfer der Katastrophe sind noch nicht festgestellt. Als Sündenbock ist der Stationsassistent Kollusch vom Dienst suspendiert worden.

Berliner Nachrichten.

Ein Opfer des Königsberger Hochverratsprozesses, Genosse Pögel, hat gestern im Strafsängnis zu Zegel seine ihm zubilligte dreimonatige Strafe angetreten. Dieser Prozeß bildet ein denkwürdiges Blatt in der Geschichte der preussischen Justiz. Die Einleitung des Strafverfahrens charakterisiert sich lediglich als eine Anordnung der Scherzgedienste, die die preussische Regierung dem russischen Absolutismus seit Jahren geleistet hat. Aus der Verurteilung der in Deutschland unbeanstandeten russischen revolutionären Schriften verurteilte die Königsberger Anklagebehörde Hochverrat und Majestätsbeleidigung zu konfirmieren. Rußland zuliebe wurde eine Haupt- und Staatsaktion eingeleitet, die auf sämtlich ungelegenen Grundlagen ruhte. Ganzfügigen, Verhaftungen wurden verfügt, viele Monate Untersuchungshaft verhängt und eine geheime Voruntersuchung geführt, durch die unsere heutige Rechtschaffenheit groß beleuchtet, aber auch die preussische Justiz heillos kompromittiert wurde. In der Verhandlung brach die so mühsam aufgebaute Anklage schmachlich zusammen. Es ergab sich, daß trotz aller Ueberzeugungsumstände russischer Konsuln und Justizministerieller Bedienten in Wirklichkeit gar kein rechtlicher Boden vorhanden war. Die Angeklagten mußten von der Anklage wegen Hochverrats und Majestätsbeleidigung freigesprochen werden. Dagegen fand das Gericht in der Tatsache des Schriftverkehrs das Merkmal einer geheimen Verbindung. Insbesondere soll sich Pögel dieses

„Verbrechens“ dadurch schuldig gemacht haben, daß er russische Schriften als Schuhwaren deklarieren hatte. Das „Geheimhändlerische“ dieses Verbrechens bestand darin, daß für Pögel diese „Schuhwaren“ vollständiges Geheimnis waren. Er wußte gar nicht, daß andere Personen auf den seinen Namen tragenden, aber nicht von ihm ausgehenden Frachtbriefen „Schuhwaren“ deklarieren. Das mußte gerochen werden. Pögel erhielt für diesen Späh drei Monate Gefängnis, die er nun abzuhängen sich angeheißelt hat. Hoffen wir, daß Genosse Pögel die Zeit überstehen möge, ohne Schaden an seiner Gesundheit zu nehmen!

Freie Turner und sozialdemokratische Gleichmacher. Der Mut, im heißen Kampf gegen die vaterlandslose Rotte der Sozialdemokraten sich lächerlich zu machen, war von jeher bei keinem der bürgerlichen Wähler so stark entwickelt, wie bei der „Post“, deren Redakteure einst ihr Arbeitgeber Stumm als Feind gekennzeichnet hat. Die neueste Leistung dieses unentwegten Scharfmacher-Blättchens ist ein wütendes Gesämspe auf die sozialdemokratischen Turner, auf den argen Mißbrauch, den die Sozialdemokratie mit der Turnerei treibe.

Den Anlaß zu diesem Wutausbruch bildet der Geschäfts- und Jahresbericht der „Deutschen Turnerschaft“, die gegenwärtig in Königsberg tagt. Der Bericht, den der Ausschuß-Vorsitzende Dr. Göh-Leipzig erstallte, weist auf Parteibeistrebungen hin, die im letzten Jahr in der deutschen Turnerschaft hervorgerufen seien. Besonders ernst seien die Bestrebungen derjenigen zu nehmen, die die deutsche Turnerei zur „Domäne der Sozialdemokratie und der Vaterlandslosigkeit“ machen wollen, die „roten Gesellen“ vom Arbeiter-Turnerbund, die „von früh bis spät ihr Gift und ihre auf Unzufriedenheit, Neid und Haß gerichtete Verhetzung loslassen“, um der deutschen Turnerschaft das arbeitende Volk abtrünnig zu machen.

Dieses Gezeir wird natürlich von der „Post“ mit verständnisvollem Behagen weitergegeben. Aus eigenem sagt das Blatt hinzu, es sei standlos, wie von Sozialdemokraten in turnerischen Vereinigungen für ihre Turnvereine agitiert werde, deren Zweck „in erster Linie sozialdemokratische“ seien. Umgekehrt wird ein Schuh draus! Unseres Wissens sind die „sozialdemokratischen“ Turnvereine erst entstanden, weil in den anderen Turnvereinen jedem Turner, der eine politisch und wirtschaftlich freiere Anschauung hatte, das Verbleiben auf die Dauer unmöglich wurde. Die „Deutsche Turnerschaft“ mag ja allmählich angefangen haben, es als sehr unbequem zu empfinden, daß die „roten Gesellen“ ihr immer mehr die turnenden Arbeiter abspenstig machen. Aber das Beweile, das sich darüber sich erhebt, wird die Arbeiter-Turnvereine in ihrem Vorwärt nicht aufhalten; es „beweist nur, daß sie reiten“.

Draußig ist, was über den freien Geist der Turnerei im Gegensatz zur sozialdemokratischen Gleichmacherei in dem Bericht gesagt und von der „Post“ in noch pointierterer Fassung wiedergegeben wird. Selbstverständlich moht die „Freiheit“ nur bei den Hurraschreibern der Deutschen Turnerschaft. Egt turnerischer Geist, so steht's zu lesen in der „Post“, strebe dahin, der Kraft und Leistungsfähigkeit des einzelnen freie Bahn für die völlige Entwidlung der körperlichen Tüchtigkeit zu schaffen. Dieses Geistes schlimmste Feindin sei die Sozialdemokratie. Die sozialdemokratische Gleichmacherei und Unterdrückung der persönlichen Freiheit widerstrebe dem, daß der einzelne sich durch bessere Leistungen aus der Masse emporhebe.

Na, gewiß doch! Wie können der „Post“ das Geheimnis vertragen, daß schon jetzt in den Arbeiter-Turnvereinen es bei Strafe sofortigen Ausschlusses jedem Turner verboten ist, besser als sein Nebenmann zu turnen. Ja, ja, diese sozialdemokratischen Gleichmacher!

300 M. Belohnung. 300 M. Belohnung hat soeben der Ober-Postdirektor Vorbes für die Ermittlung der Diebe von Fernsprechdraht ausgesetzt. Diese Verraubungen wollen in der Umgebung Berlins kein Ende nehmen. Zuletzt ist in der Nacht vom Freitag zum Sonnabend, den 5.—6. August, wieder ein solcher Diebstahl an der Grenzauer Chaussee ausgeführt worden. Zwischen den Kilometersteinen 6,5 und 6,7, sowie zwischen den Stangen 59—61 sind die Drähte von nicht weniger als 9 Fernsprech-Verbindungsleitungen und 2 Anschlußleitungen durchschnitten und gestohlen worden. Der Draht hat eine Stärke von 8, 2 und 1,5 Millimeter. Das Gewicht des 3 Millimeter starken Drahtes beträgt 20, das des Drahtes zu 2 Millimeter 15 und das des Drahtes zu 1,5 Millimeter 4,5 Kilogramm. Der Gesamtwert des Drahtes wird auf 72 M. berechnet.

Mit der Einführung böhmischer Milch in Berlin soll, im Hinblick auf den nach dem Ende der Schulkferien regelmäßig steigenden Milchkonsum Groß-Berlins, bereits Ende August begonnen werden, während die Massenzufuhr dänischer Milch erst im Oktober einsetzen soll.

Berlin und die Schulkassen der Vororte. Das Ober-Verwaltungsgericht hat bekanntlich das Urteil des Bezirksschulsausschusses zu Potsdam, nach dem Berlin verurteilt wurde, an Weihensee einen dauernden Schulkassenbeitrag zu zahlen, bestätigt. Jetzt liegt nun die eingehende Urteilsbegründung des Ober-Verwaltungsgerichtes vor, die von allgemeinem Interesse ist. Es heißt da unter anderem:

„Daß die Steuerzahler von Weihensee überbürdet sind, erkennt die Beklagte (Berlin) an; sie bestritt aber, daß die Ueberbürdung durch die Schulverhältnisse hervorgerufen sei. Dieser Einwand ist verfehlt. Der Bezirksschulsausschuss hat überzeugend dargetan, daß die an sich schon jetzt zu hohe Belastung durch die Mehr-aufwendung für die Schule noch gesteigert werde, und zwar im erheblichen Umfang. Bei den besonderen Verhältnissen in Weihensee muß in der Tat eine Vermehrung der Kosten um etwa 8 von Hundert als erheblich bezeichnet werden.“

Weiter lautet die Urteilsbegründung: „Im Vordergrund steht der Angriff der Verufung, die Steigerung des Bodenwertes, welchen die Nähe Berlins verursacht, sei nicht oder nicht genügend berücksichtigt worden. Demgegenüber ist jedoch zunächst darauf hinzuweisen, daß eine etwaige Wertsteigerung des Bodens an sich noch keinen der Gemeinde als solcher zugewachsenen Vorteil darstellt. Die Steigerung kommt den einzelnen Besitzern zugute.“

Weiter wird dann noch zu der Angabe Berlins, die Selbstkosten für Kranke beließen sich auf höhere Beträge, als Weihensee für seine Kranke an Berlin zahlt, erwidert, daß hier besondere Verträge vorlägen, und die Abrechnung schon geschehen sei. Ein Vorteil im Sinne des § 53 des Kommunalabgaben-Gesetzes könne hier nicht anerkannt werden.

Julius Stinde, der Verfasser der „Familie Wuchholz“, ist gestern in Olsberg bei Kassel gestorben.

Bermittelt wird der 17jährige Kaufmannsohn Fritz Greshow, Wirtshausstr. 69 bei den Eltern wohnhaft. Am 25. Juli, nachmittags 8 Uhr, fuhr derselbe mit einem Fahrrad (Marke Lura, Richard Ladewig, Grenzau) nach Karlshorst. Von dort aus schrieb er noch eine Postkarte, seitdem fehlt jede Spur. Bekleidet war derselbe mit einem schwarzen Rammgarnanzug und Schnürschuhen. Er ist 1,54 Meter groß, seine Gesichtsfarbe bläß, Körperbau sehr schlau. Wenn kein Unglücksfall vorliegt, ist nicht ausgeschlossen, daß derselbe in schlechte Gesellschaft geraten ist und sich mit Klavierspielen durchzuschlagen sucht. Restaurateure möchten besonders auf so einen

lungen Klavierpieler achten. Personen, die über den Verbleib genaue Angaben machen können, wollen sich bei der Kriminalpolizei, Polizeipräsidium, Zimmer 86, oder bei den Eltern melden.

Wer ist der Tote? Ueber die Persönlichkeit des vierten Opfers der Wollkatastrophe bei Niederschöneweide, des Jaspers Scholz, schwebt zur Zeit noch geheimnisvolles Dunkel. Die Polizeibehörde zweifelt daran, daß die feinerzeit geliebte Leiche tatsächlich diejenige des Jaspers Scholz ist. Irigendwelche Legitimationspapiere waren bei dem Toten nicht zu finden. Bekannte oder Verwandte haben die Leiche noch nicht rekonstruiert. Gestern ist der Tote als „unbekannt“ in Köpenick auf städtische Kosten beerdigt worden.

Im Schwedisch-Frankenhaus gestorben ist der 83jährige Tischler Brandes, der bei einem Brande in der Mulackstraße sich schwere Brandwunden zugezogen hatte.

Bei der Arbeit schwer verletzt wurde gestern das Dienstmädchen Marie K., das bei der Familie Behrend, Ansbacherstr. 5, tätig war. Das Mädchen war mit dem Bugen der Fenster beschäftigt und besand sich dabei auf einer Leiter. Während der Arbeit stürzte es von der Leiter herab und brach sich beide Arme. Die Schwerverletzte wurde nach dem Krankenhaus Westend gebracht.

Tödlicher Baunfall. Auf dem Neubau Müllerstr. 178 hat sich gestern abend gegen 1/2 Uhr ein schweres Baununglück ereignet. Der 36 Jahre alte Maurer Friedrich, der auf dem Neubau Müllerstr. 178 tätig war, stürzte während der Arbeit von der dritten Etage hinab in die Tiefe. Mit zerschmetterten Gliedern blieb er dort liegen. Der Tod trat auf der Stelle ein. Die Leiche des Verunglückten wurde nach dem Schanhaus gebracht.

Ein Messerhieb. Zu schmerzlichen Folgen haben Streitigkeiten geführt, die zwischen dem Verwalter Barchart des Hauses Petrisstr. 12 und dem Schneider Strichan geherrscht hatten. Infolge verschiedener Vorkommnisse standen die beiden auf dem Kriegsfuß. Als sie gestern abend in der Wohnung des Schneiders zusammentrafen, gerieten sie wieder hart aneinander. Im Laufe des Streites zog der Verwalter plötzlich das Messer und stach auf Strichan ein. Gestritten stürzte der Gestochene zusammen. Er hatte 7—8 Stiche in die Brust erhalten. Schwerverletzt wurde St. nach der Rettungswache in der Fiegelstraße gebracht. In seinem Aufkommen wird gezwweifelt. Der Verwalter ist gleich nach der Tat durch Polizeibeamte festgenommen worden. Strichan steht im 39. Lebensjahre und besitzt eine zahlreiche Familie.

Ein schwerer Automobilunfall hat sich gestern abend in der Linienstraße zugetragen. Die 69 Jahre alte Karoline Denisch, Linienstr. 149, wollte kurz nach 8 Uhr den Fahrdamm der Linienstraße an der Ecke der Artilleriestraße überschreiten und geriet dabei in die Gefahr, von einer Equipage überschritten zu werden. Beim Ausweichen kam die Greisin vor ein Automobil, wurde von diesem umgerissen und überfahren. Mit einem schweren Schenkelbruch wurde die Verunglückte nach dem Krankenhaus Roabit gebracht, wo sich ihr Zustand bedenklich verschlimmert hat.

Wegen Revolverhieserei und Messerhieserei nach einem Erntefest sind die Italiener Paschetto und Petrelli verhaftet und in das Untersuchungsgefängnis gebracht worden.

Wegen Betruges und betrügerischen Bankrotts wird der 65 Jahre alte Bierhändler Moses Riemer aus der Mulackstr. 30 fidelehaftlich verfolgt. Riemer, der mit seiner Familie aus Galizien hierher kam, betrieb sein Geschäft gemeinsam mit seinem 28 Jahre alten Sohn und wohnte seit 12 Jahren in der Mulackstraße. Seit dem 25. Juli ist er verschwunden. Acht Tage später wurde sein Sohn auf offener Straße verhaftet. Bei ihm fand man noch 4000 M. Das Geschäft wurde geschlossen, über das Vermögen der Inhaber der Konkurs eröffnet.

Aus Verzweiflung sprang gestern abend die 23 Jahre alte aus Lebus gebürtige Else Buchholz in der Nähe des Schlütersteigs in die Spree. Schiffer retteten sie und brachten sie in ein Krankenhaus. Die Lebensmüde gab an, sie sei auswärts Villettdame gewesen und vor einiger Zeit nach Berlin gekommen, um hier Beschäftigung zu suchen. Seitdem habe sie sich als Kellnerin ernährt, jetzt aber sei sie ohne Stellung, Geld und Wohnung. Not und Verzweiflung hätten sie ins Wasser getrieben.

Eine aufregende Szene spielte sich vorgestern abend um 9 Uhr am Rahbanger ab. In der Nähe der Hobrechtbrücke kletterten mehrere Jungen auf das Holzgeländer, um zu turnen. Hierbei fiel der zwölf Jahre alte Sohn Georg des Strumpfwirkers Krehn aus der Salktstraße in den Landwehrkanal. Als zwei Schiffer, die auf das Hülfeschrei seiner Spielfameraden herbeieilten, ihn herausholten, war er schon bewußtlos. Auf der Rettungswache am Göklinger Bahnhof gelang es den Ärzten erst nach zweifelhafte Bemühungen, den Knaben in das Leben zurückzurufen. Er wurde darauf von seiner Mutter nach der Wohnung gebracht.

Wegen versuchten Totschlages wurde ein Tischler Martin Witt festgenommen. Witt behauptet, daß ein Agent Ripertus ihn um eine Kaution beschwindelt habe und stellte ihn in Treptow-Baumschulweg, zur Rede. Als er das verlangte Geld nicht zurückhielt, feuerte er sechs Revolverkugeln auf ihn ab und verletzte ihn schwer. Der Verwundete wurde in ein Krankenhaus gebracht. Witt wurde mittags der Staatsanwaltschaft vorgeführt.

Feuerbericht. Dienstag früh wurde die Wehr nach der Siemendstr. 20 gerufen, wo Teer in Brand geraten war. — Kleidungsstücke und Decken gingen dann in der Sufsteinstr. 30 in Flammen auf, während in der Reichensbergerstr. 184 Affen auf dem Hofe Feuer gefangen hatten. — Ein Kellerbrand mußte weiter in der Langestr. 89 unterdrückt werden; Lumpen und allerlei Gerümpel wurde eingeebnet. — In der Ruppinerstr. 37 und in der Poppelallee 24 kamen dann noch zwei Zimmerbrände aus, bei denen im wesentlichen Möbel, Gardinen und Wäschestücke beschädigt wurden. — Zu dem Großfeuer auf der Trabrennbahn Westend erfahren wir noch, daß jetzt als Entstehungsurache des Brandes böswillige Brandstiftung angenommen wird. Kennzeichenbesitzer Geiger, der den Verlust von fünf Pferden zu beklagen hat, hat denn auch 1000 M. Belohnung ausgesetzt für die Ermittlung des mutmaßlichen Brandstifters. Man rechnet mit einem Rauback, der von einem früheren Angestellten ausgeführt ist. Was jetzt konnte aber noch nichts Sicheres festgestellt werden.

Vorort - Nachrichten.

Schöneberg.

Das Opfer einer Personenverwechslung will die 19jährige Margarete K. sein, welche gestern unter der Anklage des Diebstahls in drei Fällen vor dem Schöffengericht II stand. Die bisher völlig unbekanntes Angeklagte ist die Tochter einer angesehenen Schöneberger Familie. Sie wurde bei ihren Einkäufen mit einer in demselben Hause wohnhaften Frau K. näher bekannt und verkehrte auch in deren Wohnung. Frau K. bemerkte zu ihrem größten Verdruss, daß ihr fortgesetzt Geldbeträge abhanden kamen. Einmal verschwand auf räthelhafter Weise ein Portemonnaie mit zehn Mark aus ihrer Wohnung, ein anderes Mal vermischte sie aus der Ladentasse einen größeren Betrag. Nach Lage der Sache konnte es sich nur um eine Hausdiebin handeln. Frau K. wandte deshalb den alten Trick mit mehreren gezeichneten Geldstücken an. Als sie eines Tages auf kurze Zeit in Keller zu tun hatte, hörte sie über sich das Klappern von Geldstücken. Im Laden besand sich nur die Angeklagte, in deren Besitz mehrere der gezeichneten Geldstücke vorgefunden wurden. Die Diebin mußte deshalb den Diebstahl auch weiteres einräumen und wiederholte ihr Geständnis auch vor Gericht. — In den zwei anderen Fällen der Anklage wird die Angeklagte beschuldigt, einem Kinde, welches von seiner Mutter mit einem Zwanzigmarkstück zum Einholen geschickt worden

war, zehn Mark aus dem Portemonnaie entwendet zu haben. Nach dem dritten Anklagefall wird ihr ein Ladendiebstahl bei dem Goldwarenhändler Kirschke zur Last gelegt, bei dem sie einen goldenen Kettenring in geschickter Weise entwendet hatte. Diese beiden Diebstahle bestritt die Angeklagte auf das energischste und behauptete das Opfer einer Personenverwechslung geworden zu sein bezw. eine Doppelgängerin zu haben. Durch den Rechtsanwalt E. H. o d z i e s n e r war die Ladung einer im Untersuchungsgefängnis befindlichen Frauensperson veranlaßt worden, die tatsächlich große Ähnlichkeit mit der Angeklagten besaß. Die Bestohlenen rekonstruierten indessen die Angeschuldigte auf das bestimmteste als die Diebin. Mit Rücksicht auf die bisherige Unbescholtenheit der K. erkannte das Schöffengericht auf nur zwei Wochen Gefängnis.

Rigdorf.

Durch die Rücksichtslosigkeit eines Fuhrwerksbesizers schwer verletzt wurde gestern nachmittags das dreijährige Söhnchen Robert des Gärtners Mayer, Eisenstr. 85 aus Rigdorf. Das Kind spielte vor dem Hause auf dem Fahrdamm, als der Fuhrwerksbesitzer August K. aus der Pankstr. 9 zu Berlin mit einem Geschäftsfuhrwerk in vollem Galopp durch die Straße gefahren kam. Bevor der Kleine sich retten konnte, lag er bereits unter den Rädern des Wagens. Mit schweren Verletzungen im Gesicht und einem Bruch des linken Armes mußte der Knabe nach dem Krankenhaus gebracht werden.

„Bei einem Wirt wundermild.“ Ein Maler F. aus Berlin lebte, auf einer Dienstreife begriffen, bei einem Gastwirt in der Hermannstraße in Rigdorf ein. Da der Gast nicht mehr ganz nüchtern war und ruhestörenden Lärm verübte, forderte ihn der Wirt zum Verlassen seines Lokals auf und warf den Angeheirten, als er der Aufforderung nicht gleich Folge leistete, mit derartiger Wucht zur Tür hinaus, daß F. eine schwere Gehirnerschütterung erlitt und für sein Leben gefährdet wird.

Spandau.

Ein großes Streiftlicht auf die Zustände in den hiesigen „Musterwerkstätten“ wirft der Selbstmord einer 56jährigen Frau, die lange Jahre bereits in der Munitionsfabrik als Aufsichterin beschäftigt ist. Die Frau war seit Monaten bereits krank und erwerbsunfähig. Die Krankenkasse sollte in Kürze ihre statutenmäßige Unterstützung einstellen. Die Aussicht, dann hilflos und verlassen Nahrungsvorsorgen preisgeben zu sein, trieb die Arbeitsveteranin zur Verzweiflung und zum — Strid! — Bei dem äppigen Verdienst, den die Arbeiter und niederen Angestellten in den Staatsbetrieben beziehen, und bei den Löhnen, die besonders den weiblichen Arbeiterinnen gezahlt werden, lassen sich eben keine Ersparnisse machen, die den sechs Arbeiter vor Hunger und Entbehrungen wirksam schützen könnten. — Die Renovierung des durch Mißfallung zerstörten Proviantamtsgebäudes ist im vollsten Gange; der unter dem Verdachte der Weisheitsfalschung von Futtervorräten (gelegentlich der Aufräumungsarbeiten) verhaftete Felswebel befindet sich noch immer in Untersuchungshaft. — Durch Selbstentzündung geriet am Montag auf der Habel ein mit 3000 Zentner beladener Kohlenfah in Brand. Mannschaften der freiwilligen Feuerwehr gelang es jedoch, nach angestrengter Arbeit die Glut zu löschen. Die brennenden Kohlen wurden ausgeladen und der übrige Teil holtet. — Der Stadtverordnete und Obermeister der Gefäßglühler Herr Jeller ist im Alter von 64 Jahren nach schwerem Leiden gestorben.

Die Geschichte eines Deserteurs beschäftigt gegenwärtig das Kommandanturgericht in Spandau. Bei der dritten Kompagnie des Garde-Fußartillerieregiments in Spandau diente seit dem Herbst v. J. der Kanonier Cordis aus Pommern. Cordis war im Privatleben Techniker, besaß eine gute Bildung und sprach geläufig englisch und französisch. Am 24. April d. J., dem zweiten Ostersfeiertage, nahm Cordis auf einen Tag Urlaub nach Berlin, von dem er nicht wieder zu seiner Truppe zurückkehrte. Die durch Ermittlungen festgestellt wurde, hatte er in Berlin sich reichlich mit Geldmitteln versehen und sich dann ins Ausland geflüchtet. Er wurde nun als fahnenflüchtig fidelehaftlich verfolgt. Vor kurzem schrieb Cordis von London aus an die Kommandantur in Spandau, daß er zur Fahnenflucht genötigt gewesen sei. Er habe das Marschieren nicht ertragen können. Nach jedem Exercieren habe er rheumatische Schmerzen im linken Bein verspürt, die schließlich so schlimm wurden, daß er unausgesetzt lahmte und sein linkes Bein nur noch habe nachschleppen können. Er habe sich nun wiederholt krank gemeldet, sei aber von dem diensthabenden Arzt der Vertelung und Simulation beschuldigt und jedesmal gesund geschrieben worden.

Nieder-Schöneweide.

Von den Eltern des Fräulein Berg, deren freiwilligen Tod wir gestern meldeten, wird uns mitgeteilt, daß sie in keiner Weise ihrer Tochter Vorhaltungen gemacht hätten, die sie veranlassen konnten, sich das Leben zu nehmen. Ueber leichsinnigen Lebenswandel der Tochter zu klagen, hätte keine Ursache vorgelegen.

Pankow.

Zur Pankower Betrugsaffäre. Wie haben eingehend darüber berichtet, daß bei der Verlegung des Pankower Kanalisations-Druckrohres, die Nord- und Reinickendorfer Bahn entlang, arge Verfehlungen vorgekommen waren, welche zu einer Anklage bei der Staatsanwaltschaft und zur Beschlagnahme einer Kaution von 80 000 M. führten, die der Unternehmer bei der Gemeinde Pankow hinterlegt hatte. — Am Montag wurden nun Abwässer durch das Druckrohr nach dem Mühlenbieder Rieselgut gebrückt. Hierbei sind nun Vorkommnisse zu verzeichnen, die einzig in ihrer Art dastehen. Das Rohr ist auf 10 Atmosphären gepreßt und als man gestern mit nur 2 Atmosphären die Abwässer durchleitete, riß zwischen Schildow und Mühlenbieder der Erdboden über dem Rohr auf und eine Ueberflutung trat ein. Der Schaden wurde sofort beseitigt. Doch Montag abend, als man mit 5 Atmosphären die Abwässer wieder durchleitete, erhielt die Eisenbahnverwaltung sofort wieder von den Mühlenbieder Beamten Nachricht von einem zweiten Wasserbruch. In der Nähe der dortigen Fiegelstr., direkt an den Bahngleisen, drang das Wasser durch und überflutete ein Gelände von über 200 Metern. Das Wasser drang bis dicht an die Gleise und bedrohte so den Bahnverkehr. Der gegen 1/2 10 Uhr in Reinickendorf eintreffende Zug mußte vorsichtig die Stelle passieren. Ueber Nacht wurde gearbeitet, so daß gestern morgen keine Gefahr mehr vorhanden war. Der zweite Wasserbruch soll auf das Nachgeben eines Verbindungspuffers, der wahrscheinlich nicht gut verbleit war, zurückzuführen sein. Eine strenge Untersuchung ist eingeleitet. Welche Folgen die Vorkommnisse zeitigen werden, läßt sich noch nicht absehen. Wollen Druck hat das Rohr noch nicht ausfallen brauchen, doch werden jetzt genaue Prüfungen notwendig sein, weil das Druckrohr eben den Bahndamm entlang läuft und ernste Unfälle, besonders die Gefährdung der Eisenbahnzüge, nach Lage der Dinge nicht ausgeschlossen erscheinen.

Aldershof.

Die Aldershofer Konfliktfeuerwehr. Ein neuer Feuerwehrestreit ist bei der freiwilligen Feuerwehr in Aldershof ausgebrochen, nachdem erst vor wenigen Tagen der monatelange Kampf um den Oberführer beendet wurde. Seit der Nichtbestätigung des Herrn Luge war die Wehr ohne Oberführer, jetzt ist sie vollständig führerlos, denn auch der stellvertretende Oberführer Geiger hat in der Vorstandssitzung der Wehr am Montag sein Amt niedergelegt. Seine Haltung in dem Feuerwehrestreit fand die Mißbilligung eines Teils der Feuerwehremannschaften. In der letzten Vorstandssitzung der Wehr erklärte nun das Mitglied Gräber, eine größere Anzahl von Feuerwehrlenten hätten sich verpflichtet, bei der nächsten Uebung dem stellvertretenden Oberführer Geiger den Gehoriam zu verweigern. Herr Geiger sah sich durch diese Erklärung veranlaßt, sein Amt niederzulegen. Für Donnerstag dieser Woche ist nun eine außer-

ordentliche Generalversammlung der Wehr einberufen worden, die einen neuen Oberführer und seinen Stellvertreter zu wählen hat.

Steglitz.

Eine Rabenmutter. Am Sonntag wurde hier die 23jährige unberechnete Elise Tornow aus der Kahnstr. 6 von der Kriminalpolizei unter dem Verdachte, ihr drei Wochen altes Kind dem Hungertode preisgegeben zu haben, verhaftet. Die K. verschaffte dem Hause Aufwartestellen und kam in letzter Zeit erst in den späten Nachmittagsstunden zurück, nachdem sie schon in aller Frühe weggegangen war. In ihrer Abwesenheit überließ sie das Kind sich selbst, so daß es ohne Nahrung war. Am Sonntag abend starb es nun plötzlich. Die Sache kam zur Kenntnis der Polizei, die dann die Leiche beschlagnahmte und die unmenhliche Mutter, wie eingangs erwähnt, verhaftete.

Mariensfelde.

Die Schiller-Stiftung für Mariensfelde, welche aus privaten Geldsammlungen hervorgegangen ist und aus deren Zinsen jährlich an Schillers Todestag an fleißige Schüler Schillers Werke verteilt werden sollen, ist von der Mariensfelder Gemeindevertretung angenommen worden. Die erste Prämienverteilung findet bereits im nächsten Jahre statt.

Gerichts-Zeitung.

Ein internationaler Hochkapler mußte sich gestern in der Person des Artisten Adalbert Berchner vor dem Strafgericht verantworten. Der Angeklagte ist vielfach wegen Betruges vorbestraft, zuletzt wurde er in Wien mit drei Jahren schweren Kerker bestraft. Nach Verbüßung dieser Strafe verschaffte sich B. die Uniform eines Honvedleutnants und verübte unter dem Namen „von Berckai“ in Budapest zahlreiche Betrügereien. Als ihm in Budapest der Boden zu heiß wurde und ihm die dortige Polizeibehörde auf den Fersen war, kam der Angeklagte nach Breslau. Hier verübte er unter dem Namen eines „ungarischen Staatsingenieurs von Wytant“ ebenfalls mehrere Hochspielereien. Schließlich unternahm der Angeklagte eine kleine „Kunststreich“ nach Berlin. In einem Pensionat in der Marxburgerstraße zu Charlottenburg erschien eines Tages im Februar dieses Jahres ein elegant gekleideter Herr, der, nach seinem gebrochenen Deutsch zu urteilen, ein Ausländer zu sein schien. Er nannte sich „von Berckai“, Leutnant eines Honvedregiments und erzählte, er sei zu Studienzwecken nach Deutschland gekommen, da er später die Ingenieurkarriere in Oesterreich einschlagen wolle. Der Angeklagte, denn dieser war der angeklagte „Leutnant von Berckai“, begann nun in ziemlich raffinierter Weise mehrere Kredit-schwindelereien zu inszenieren. Er setzte sich telephonisch mit verschiedenen größeren Geschäften in Verbindung und bat um eine Auswahlsendung verschiedener Waren. Die betreffenden Geschäftsleute beizien sich natürlich dem vornehmen Kunden mit dem Hausdiener oder einer Verkäuferin eine Musterkollektion der gewünschten Waren zu übersenden. Der Angeklagte wählte sich die wertvollsten Gegenstände aus und gab dann den Auftrag, ihm die Rechnung zu übersenden. Mit einer gewissen Leichtfertigkeit, die viele Geschäftsleute im Kreditgeben ausübten, wenn der Besteller einen Titel oder einen hochtönenden Namen besitzt, beizien sich auch die Lieferanten des „Herrn von Berckai“ nicht allzusehr mit der Ueberzeugung der quittierten Rechnung. Dem Angeklagten gelang es deshalb, mehrere Firmen mit teils ziemlich erheblichen Beträgen hineinzulegen. Ein Juwelier D. war eines Tages höchlich erfreut, als ein osterreichischer Offizier sein Geschäft betrat und um Ueberendung einer Auswahlsendung von Brillantringen und Brochen bat. D. beizite sich, noch im Laufe des Nachmittags dem Verlangen des „vornehmen“ Kunden nachzukommen. Der Angeklagte wählte sich vier Brillantringe „zur engeren Wahl“ aus und bat den Ueberbringer der Juwelen, ihm die Rechnung erst dann zu übersenden, wenn er endgültig gewählt habe. Der etwas unvorsichtige Geschäftsmann übergab auch die vier Brillantringe im Gesamtwerte von 2400 M., nur auf den hochtönenden Namen hin, dem Angeklagten, der nichts Eiligeres zu tun hatte, als die Ringe für 700 M. zu verkaufen und obendrein auch noch die Pfandsumme zu verlaufen, sobald dem Betrogenen jede Möglichkeit genommen ist, wieder zu seinem Eigentum zu gelangen. In gleichartiger Weise erschwand sich der Angeklagte eine goldene Uhr im Werte von 180 M. und eine wertvolle Standuhr. Von einem Herrenkonfektionsgeschäft gelang es dem Angeklagten, sich eine vollständige Leibwäscheausstattung und mehrere Duzend Glacehandschuhe zu erschwanden. Als schließlich einige Lieferanten mißtrauisch wurden und die Polizei benachrichtigten, war der raffinierte Hochkapler bereits unter Hinterlassung einer größeren Schuld in dem Pensionat flüchtig geworden. Es gelang jedoch noch, ihn in Hamburg festzunehmen. In seinem Besitz besand sich schon eine Schiffskarte nach London. — Vor Gericht legte der Angeklagte ein Geständnis ab. Da es nicht festgestellt werden konnte, ob B. bereits in Deutschland mehrere Male wegen Betruges vorbestraft ist, konnten die Strafverfahren Bestimmungen des Rückfallparagrafen nicht in Anwendung kommen. Mit Rücksicht auf die Gemeingefährlichkeit des Angeklagten erkannte der Gerichtshof auf zwei Jahre neun Monate Gefängnis.

Vermischtes.

In den Tod geradelt ist der Bergmann Gustav Schmier in Affeln (Westfalen). Er hatte seine Schicht auf der Zeche „Scharnhorst“ beendigt und fuhr auf seinem Rade im schnellsten Tempo nach Hause, da er am Nachmittag noch Roggen einfahren wollte. Den Kopf vorgebeugt, die Brust auf die Lenkstange gedrückt, achtete er nicht des Wegs und rannte mit voller Wucht gegen einen Bierwagen, die lauten Zurufe des Aufsichters überhörend. Der Unglückliche war alsbald eine Leiche. Er hinterläßt eine Frau mit mehreren unterfertigen Kindern.

Aleptomanie im britischen Unterhause. Ein mysteriöses Verbrechen von Geise, Würfen und Güssen wurde seit einiger Zeit im Unterhause mit Verwunderung und Erstaunen bemerkt. Vor 2 oder 3 Wochen wurde der erste Fall wahrgenommen. Aus der Rodtasche eines Gesetzgebers wurden 6 Stück Geise ganz gemächlich und deutlich hervor. Diese Geise gehörte dem Unterhause. Seitdem hat dieses Stehgelüst zugenommen. Ein Parlamentsmitglied eignete sich, natürlich in momentaner Geistesabwesenheit, ein paar Haarbürsten an; ein anderer Gesetzgeber anwesente, selbstverständlich wieder in geistiger Abwesenheit, ein Schiedbuch, das einem anderen gehörte. Während der letzten Woche litten besonders Güte, von denen eine Anzahl in geheimnisvoller Weise verschwand. Einige Parlamentsmitglieder verfechten sich nun mit Rügen, die die Stelle von Güten einnehmen sollen, falls letztere andere Eigentümer gefunden haben. Sie laufen dann nicht Gefahr, nachs barhäuptig nach Hause gehen zu müssen.

Ein blutiger Zusammenstoß ereignete sich Montag abend in Misburg bei Hannover, wo in den Zementfabriken polnische und kroatische Arbeiter beschäftigt werden. In einer Wirtschaft wurden zwei Kroaten von Polen angegriffen. Der Kampf setzte sich auf der Straße fort. Ein Kroate verlor mit einem Stiel zwei polnische Arbeiter so, daß sie bald darauf starben. Ferner wurden zwei Arbeiter schwer und zwei leicht verletzt.

Automobilunfall. Gestern mittag überstürzte sich hier bei der Fahrt über den Volkstratsbühnen Berg ein Automobil, das von seinem Besitzer, Geheimen Medizinalrat Professor Dr. Bumm-Berlin, gelenkt wurde. Geheiratet Bumm erlitt anscheinend schwere Verletzungen. Sein Kesse sowie der Chauffeur blieben unversehrt.

Bräutereinkurz. Hannover, 8. August. Bei dem Bau einer Eisenbahnbrücke im benachbarten Gainsholz stürzte ein Teil der Kraner, welche gestern aufgeführt worden war, wahrscheinlich infolge Erschütterung durch darüberfahrende Büge ein und verschüttete sieben Arbeiter. Drei wurden schwer verletzt, die vier anderen leichter.